

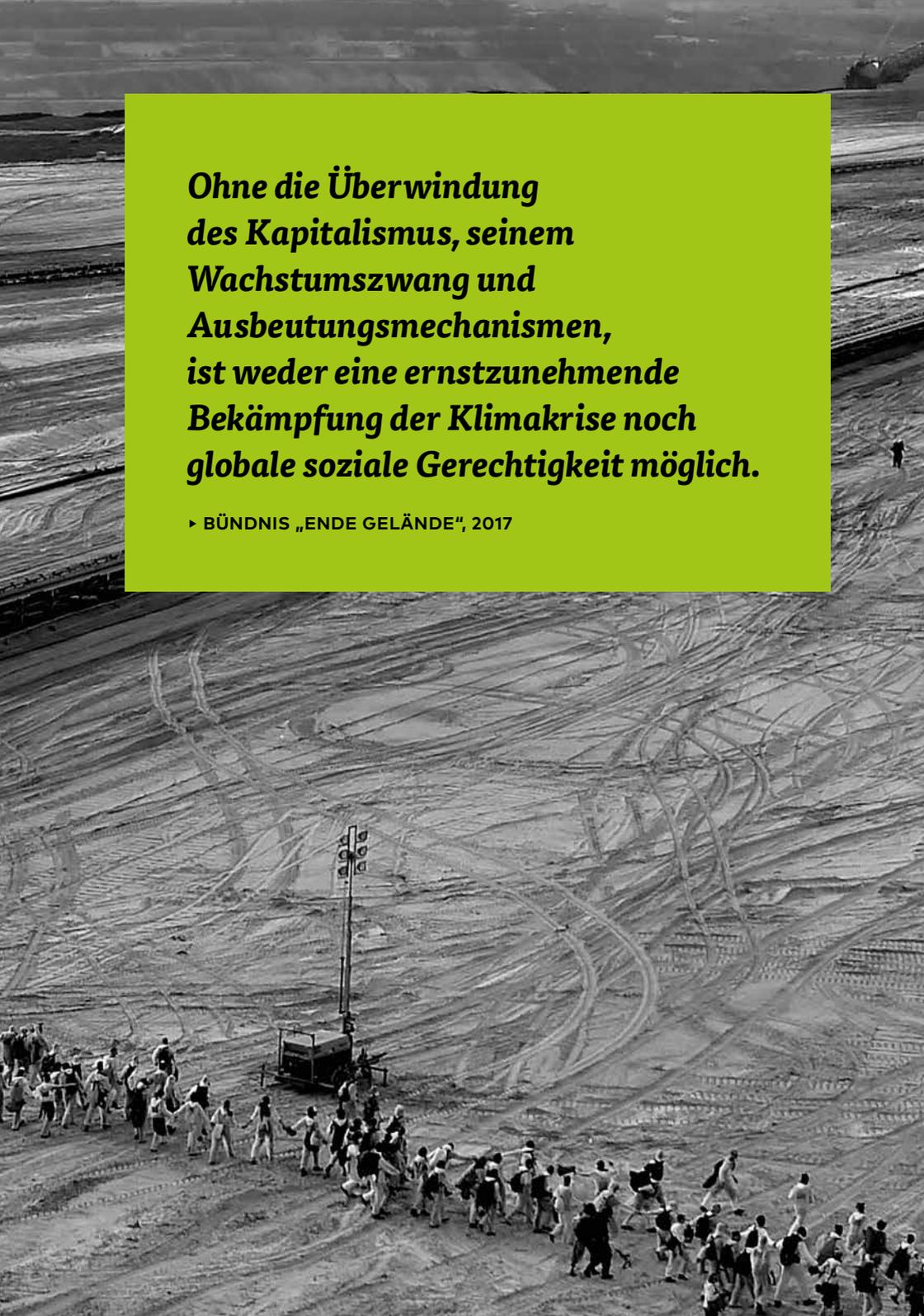
# Climate Justice HOW?

DIE KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG  
NACH DEM PARISER ABKOMMEN



# **Climate Justice How?**





**Ohne die Überwindung  
des Kapitalismus, seinem  
Wachstumswang und  
Ausbeutungsmechanismen,  
ist weder eine ernstzunehmende  
Bekämpfung der Klimakrise noch  
globale soziale Gerechtigkeit möglich.**

► BÜNDNIS „ENDE GELÄNDE“, 2017

# Inhalt

**06** Glossar

.....

**DEBATTENAUFNAKT**

Gerrit Hansen

- 18** Denn sie wissen nicht, was sie tun.
- .....

**DEBATTENBEITRÄGE**

Ulrich Brand

- 28** Klimapolitik für eine solidarische Lebensweise

Johannes Reis und Christiane Gerstetter

- 36** Über das System reden, nicht über Zahlen!

Inken Behrmann

- 44** Das 1,5 Grad-Ziel umsetzen:  
Wir fangen schon mal an

Sabine Minninger

- 52** 1.5 to stay alive

Georg Kössler und Simon Straub

- 60** Am Ende entscheidet das Plenum

Paula Gioia und Katrina McKee

- 68** Ernährungs souveränität jetzt!  
Agrarwende statt Klimawandel
- .....

**GESPRÄCH**

mit Sybille Bauriedl

- 76** Vokabular des Stillstands
- .....

- 84** Wer wir sind

Robin Wood und Ende Gelände

# Glossar

.....

## **1,5-GRAD-ZIEL**

Das 1,5-Grad-Ziel beschreibt das Ziel, die → **GLOBALE ERWÄRMUNG** auf maximal 1,5 Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. Das Ziel ist eine politische Festsetzung, die auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse über die wahrscheinlichen Folgen der Globalen Erwärmung erfolgte.

.....

## **2-GRAD-ZIEL**

Anspruchsniveau für Klimaschutz vieler Regierungen wie auch NGOs. Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden, soll mit dem → **PARISER KLIMAABKOMMEN** die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad – möglichst auf 1,5 Grad – begrenzt werden. Wird der globale Temperaturanstieg nicht durch Reduktion der Treibhausgas-Emissionen auf 2-Grad-Celsius gegenüber dem vorindustriellen Wert begrenzt – so die Annahme – drohen unkalkulierbare Folgen. Zynismus des 2-Grad-Ziels: Schmelzen des grönländischen Eisschildes, Aussterben tropischer Korallenriffe, Wüsten-Ausbreitung, Bedrohung von Küstenstädten und Inseln.

.....

## **AGROFUELS- AGRARTREIBSTOFFE (EUPHEM. BIOTREIBSTOFFE)**

Flüssige oder gasförmige Kraftstoffe, hergestellt aus Biomasse auf großflächigem Plantagenanbau, teils unter Einsatz von Düngemitteln und genetisch modifizierten Pflanzen. Ausgangsstoffe sind pflanzliche Rohstoffe wie z.B. Ölpflanzen, Getreide, Holz aus Schnellwuchsplantagen und spezielle Energiepflanzen. Der Anbau von A. ist oft verbunden mit der Zerstörung von Ökosystemen wie auch kleinbäuerlicher Landwirtschaft (→ **BLINDSTELLEN**).

.....

## **ANTHROPOGENER KLIMAWANDEL**

→ **GLOBALE ERWÄRMUNG**

.....

.....

## **ANTHROPOGENER TREIBHAUSEFFEKT**

Die Veränderung der Atmosphärenzusammensetzung durch menschliches Einwirken verstärkt den natürlichen → **TREIBHAUSEFFEKT** und führt damit zur → **GLOBALEN ERWÄRMUNG**. Durch Verbrennen fossiler Brennstoffe und die weltumfassende Entwaldung wird → **CO<sub>2</sub>** in der Atmosphäre angereichert. Landnutzungsveränderungen wie Land- und Viehwirtschaft verursachen den Ausstoß weiterer bedeutender → **TREIBHAUSGASE** wie Methan oder Lachgas.

.....

## **BEWEGUNGSNETZWERKE**

Als Teil der → **KLIMABEWEGUNG** vereinen sie Menschen, Gruppen und Organisationen um politische Forderungen zu stellen und/oder Aktionen durchzuführen. Wichtige Netzwerke sind u.a. das Bündnis „Ende Gelände“, das globale Netzwerk von KleinbäuerInnen La Via Campesina, die Netzwerke Climate Justice Action sowie das Climate Action Network aus NGOs.

.....

## **BLINDSTELLEN**

Die gegenwärtige politische Bearbeitung der Ursachen und Auswirkungen der → **GLOBALEN ERWÄRMUNG** weist eine Eindimensionalität hinsichtlich ihrer Markt- und Technologieorientierung auf und blendet soziale Verhältnisse, wie Geschlechterverhältnisse, Nord-Süd-Verhältnisse oder das Verhältnis von Arm und Reich aus. Indem die → **KLIMABEWEGUNG** auf die Vielfalt existierender und gelebter emanzipatorischer Alternativen hinweist begegnet sie diesen BS.

.....

## **CCS – CARBON CAPTURE AND STORAGE (CO<sub>2</sub>-ABSCHEIDUNG UND -SPEICHERUNG)**

Abscheidung von → **CO<sub>2</sub>** aus Verbrennungs-Abgasen und deren Einlagerung (Sequestrierung), insbesondere in unterirdischen Speicherstätten. Die Funktionsfähigkeit der Technologie ist umstritten. Testbetriebe wurden nach anfänglicher Euphorie eingestellt. Der Betrieb von vier Kohlekraftwerken der CCS-Technologie (euphemistisch „Clean Coal“) würde, so Schätzungen, ein fünftes erfordern um die zusätzlich benötigte Energie bereitzustellen.

.....

.....

## **CO2 – KOHLENSTOFFDIOXID**

Eines der wichtigsten → **TREIBHAUSGASE**. Bewirkt etwa 60 Prozent des → **ANTHROPOGENEN TREIBHAUSEFFEKTS**. Seine Konzentration betrug in den letzten 8000 Jahren maximal 300 ppmV (Teile pro Million Volumenanteil) und ist v.a. durch Verbrennung fossiler Rohstoffe seit Beginn der Industrialisierung auf heute über 400 ppmV gestiegen – dem wahrscheinlich höchsten Wert seit 20 Millionen Jahren.

.....

## **CO2-SENKEN**

Vorgang, Tätigkeit oder Mechanismus, durch den oder die → **TREIBHAUSGASE** aus der Atmosphäre entfernt werden. Große wissenschaftliche Unklarheiten herrschen bei der Bestimmung von Kohlenstoff-Senken und deren Potentiale.

.....

## **COP – CONFERENCE OF THE PARTIES**

Vertragsstaatenkonferenz der → **UNFCCC**. Seit deren Inkrafttreten 1995 finden sie jährlich statt. Regierungsdelegationen verhandeln miteinander und können nur gemeinsam verbindliche Regelungen verabschieden. NGOs oder Lobbyverbände der Wirtschaft haben einen BeobachterInnenstatus. Im November 2017 ist die COP 23 in Bonn, unter der Präsidentschaft Fidischis, Ort der Verhandlungen.

.....

## **EMISSIONSBILANZ**

Die Emissionen befinden sich global in vielen Industrieländern im Ansteigen. Gegenüber dem Basisjahr 1990 sind die Emissionen heute weltweit um über 50 Prozent gestiegen. Partiiell verzeichnete Reduktionen sind primär auf externe Effekte – v.a. den Zusammenbruch von Industrien in den Transformationsstaaten (so auch in Deutschland) und die Wirtschaftskrise um das Jahr 2008 – und weniger auf gezielte Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen.

.....

.....

## **EMISSIONSHANDEL**

Handel mit Zertifikaten über Emissionsrechte. Eine Begrenzung der Emissionserlaubnis der verpflichteten Staaten oder Unternehmen soll zur Erreichung von Klimazielen beitragen, der Handel der Rechte zur Realisierung der günstigsten Maßnahmen.

.....

## **GLOBALE ERWÄRMUNG**

Der in den vergangenen Jahrzehnten beobachtete und künftige Anstieg der Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre und der Meere aufgrund des → **ANTHROPOGENEN TREIBHAUSEFFEKTS**. GE ist kein globales Menschheitsproblem, das gekennzeichnet ist durch eine gemeinsame Bedrohungslage oder ein kollektives Interesse an einer Problemlösung. Ursachen wie auch Auswirkungen wirken zeitlich, räumlich und sozial differenziert.

.....

## **HEISSE LUFT – HOT AIR**

Einigen Staaten (u.a. Russland, Ukraine) wurden durch das → **KYOTO-PROTOKOLL** deutlich mehr Emissionserlaubnisse zugebilligt, als sie (aufgrund des Zusammenbruchs der Industrien nach 1990) absehbar benötigen werden. Diese sog. „heiße Luft“ kann per → **EMISSIONSHANDEL** verkauft werden was zu mehr Emissionen führt und keiner wirklichen Reduktion.

.....

## **INTERNATIONALISMUS**

Beruhet historisch auf der Erkenntnis, dass Befreiung letztendlich nur auf globaler Ebene – bei Beachtung der Realität vor Ort – möglich ist und dass es dazu der Solidarität der emanzipatorischen Kräfte der gesamten Erde bedarf. Der I. der → **KLIMABEWEGUNG** kommt in der Forderung nach → **KLIMAGERECHTIGKEIT** zum Ausdruck.

.....

.....

## **IPCC – INTERGOVERNMENTAL PANEL ON CLIMATE CHANGE**

Zwischenstaatliches Gremium aus insgesamt 48 Staaten. 1988 in Folge der wachsenden Erkenntnis über die mit der → **GLOBALEN ERWÄRMUNG** verbundenen Prozesse durch UNEP und WMO gegründet. Hauptaufgabe ist es, den aktuellen Kenntnisstand über Ursachen und Folgen einer globalen Klimaänderung zu bündeln, umfassend darzustellen und zu evaluieren.

.....

## **KAPITALISMUS**

Ökonomie die durch eine spezifische Produktions- und die Konsumptionsweise gekennzeichnet ist, deren Ziel die Kapitalakkumulation einiger weniger ist. Wird als wesentliche Ursache für die → **GLOBALE ERWÄRMUNG** diskutiert. Ein zentraler Kritikpunkt am K. ist in diesem Zusammenhang dessen Wachstumsfixierung. Eine Regulation der kapitalistischen Krisendynamik ohne grundlegende Änderungen dieser Logik trägt zur Reproduktion sozialer und ökologischer Ungerechtigkeit bei.

.....

## **KIPP-PUNKT – TIPPING POINT**

Bezeichnet jenen Punkt oder Moment, an dem eine vorher lineare Entwicklung durch bestimmte Rückkopplungen abrupt abbricht, die Richtung wechselt oder stark beschleunigt wird. Im Bezug auf die → **GLOBALE ERWÄRMUNG** bezeichnet ein K. ein Ereignis bzw. Zeitpunkt mit dem das Klimasystem eine unkontrollierbare Dynamik entwickelt, bspw. bedingt durch Änderungen im Wärmetransport durch Wasser- oder Luftströmungen.

.....

## **KLIMABEWEGUNG**

Umfasst Menschen, Gruppen und Organisationen variabler Organisations- und Aktionsform, d.h. lose bis institutionalisierte Zusammenhänge (NGOs). Gemeinsam ist ihnen das Eintreten für einen Umgang mit der → **GLOBALEN ERWÄRMUNG**, der ökologische oder/und soziale Aspekte berücksichtigt (→ **KLIMAGERECHTIGKEIT**; → **BLINDSTELLEN**). Sie wirkt lokal, regional, national und auf internationaler Ebene: im Rahmen der → **KLIMACAMPS** und im Umfeld der COPs u.a. in Form der → **BEWEGUNGSNETZWERKE**.

.....

.....

## **KLIMACAMP – CLIMATE CAMP**

Als basisorientierte Zusammenkünfte der → **KLIMABEWEGUNG** richten sie ihre Aufmerksamkeit auf → **BLINDSTELLEN** herrschender Klimapolitik. KCs sind oft Ausgangspunkt von Aktionen → **ZIVILEN UNGEHORSAM** gegen zentrale → **TREIBHAUSGAS-EMITTENTEN** und false solutions wie auch Ort konkreter Ansätze für eine Kohlenstoff-neutrale Gesellschaft. Sie werden wesentlich nach den Prinzipien der Selbstorganisation gestaltet. Die Teilnahme ist offen. Unterstützung finden sie in Spenden und der Mitwirkung aller am Alltagsleben des Camps.

.....

## **KLIMAGERECHTIGKEIT – CLIMATE JUSTICE**

Mit der Forderung nach Klimagerechtigkeit rücken progressive Teile der → **KLIMABEWEGUNG** die Verschränktheit sozialer und ökologischer Aspekte hinsichtlich der Ursachen, → **VERWUNDBARKEIT** durch und politischen Bearbeitung der → **GLOBALEN ERWÄRMUNG** in den Vordergrund. Das Konzept weist darauf hin, dass Ursachen, Folgen und Bearbeitung der Klimakrise immer sozial differenziert wirken und, dass soziale Kämpfe notwendig sind, um Gerechtigkeit für die Benachteiligten zu erzielen.

.....

## **KLIMASKEPTIKERINNEN**

Obwohl der Zusammenhang von → **GLOBALER ERWÄRMUNG** und rapidem Anstieg von → **CO2** durch die Verbrennung fossiler Energien seit Beginn der Industrialisierung in der Wissenschaft fast unumstritten ist, sind hartgesottene Zweifler nicht vom Aussterben bedroht. Ein Grund dafür liegt mit-hin in deren Finanzierung durch Profiteure des fossilen → **KAPITALISMUS**.

.....

.....

## **KYOTO-PROTOKOLL – PROTOKOLL VON KYOTO ZUM RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN**

Verabschiedet während der → **COP 3** im Jahr 1997 in Kyoto (Japan). Nach der Ratifizierung durch Russland 2004 seit Anfang 2005 in Kraft. Ergebnisse: Einführung der sog. flexiblen Mechanismen sowie Regelung der Berücksichtigung von → **SENKEN**; länderspezifische quantifizierte Emissionsbegrenzungs- und Reduktionsverpflichtungen für die verpflichteten Industrieländer. Schon zum Zeitpunkt der Einführung laut → **IPCC** weit entfernt von einem anspruchsvollen und ausreichenden Ziel. Das KP läuft spätestens 2020 aus.

.....

## **KLIMARAHMENKONVENTION → UNFCCC**

.....

### **(NATÜRLICHER) KLIMAWANDEL**

Veränderung des Klimas auf der Erde über lange Zeiträume hinweg. Seine Ursachen liegen in zyklischen und nichtzyklischen Prozessen und Ereignissen die auf das Klima der Erde wirken. Dazu zählen Verlauf von Erdbahn, Neigung der Erdachse, Sonnenaktivität, Kontinentaldrift und Vulkanismus. Deutlich abgegrenzt werden muss die → **GLOBALE ERWÄRMUNG**.

.....

## **PARISER KLIMAABKOMMEN – PARIS AGREEMENT**

Das Übereinkommen von Paris (französisch Accord de Paris, englisch Paris Agreement) ist eine Vereinbarung der 195 Mitgliedsstaaten der → **UNFCCC** mit dem Ziel des Klimaschutzes in Nachfolge des → **KYOTO-PROTOKOLLS**. Das Übereinkommen wurde am 12. Dezember 2015 auf der → **COP 23** in Paris verabschiedet und sieht die Begrenzung der menschengemachten → **GLOBALEN ERWÄRMUNG** auf deutlich unter 2 Grad Celsius – wenn möglich auf 1,5 Grad Celsius – gegenüber vorindustriellen Werten vor. Haken des Abkommens: Trotz der ambitionierten Zielen mangelt es an Sanktionsmechanismen. Das Abkommen ist rechtlich nicht bindend, sondern setzt auf freiwillige Umsetzung in den einzelnen Staaten.

.....

.....

## QUELLEN

Vorgang oder Tätigkeit, durch den oder die → **TREIBHAUSGASE**, Aerosole oder Vorläufer-Substanzen von Treibhausgasen in die Atmosphäre gelangen.

.....

## RÜCKKOPPLUNGSEFFEKTE

Können die → **GLOBALE ERWÄRMUNG** entweder verstärken oder abschwächen. Beispiel für eine positive Rückkoppelung: Bedingt durch den Klimawandel tauen die Permafrostböden und setzen das → **TREIBHAUSGAS** Methan frei, was den → **TREIBHAUSEFFEKT** wiederum verstärkt.

.....

## TREIBHAUSEFFEKT

Atmosphäre und Oberfläche der Erde absorbieren die Sonnenstrahlung, erwärmen sich dadurch und senden in Folge langwellige (Infrarot-)Strahlung ab. Gegenüber der kurzwelligen Sonneneinstrahlung sind best. Elemente der Atmosphäre für diese Strahlung in erhöhtem Maße undurchlässig – sie wird absorbiert. Die so erhaltene Wärmeenergie wird gleichmäßig in alle Richtungen, auch zum Boden hin (Atmosphärische Gegenstrahlung), abgegeben.

.....

## TREIBHAUSGASE

In der Atmosphäre enthaltene Gase, hauptsächlich Kohlendioxid (→ **CO<sub>2</sub>**), Wasserdampf, Methan (**CH<sub>4</sub>**), Distickstoffoxid (**N<sub>2</sub>O**, Lachgas) und Ozon (**O<sub>3</sub>**). Die natürliche Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre bewirkt, dass auf der Erde statt -18 Grad Celsius eine durchschnittliche Temperatur von 15 Grad Celsius herrscht.

.....

.....

## **UNFCCC – UNITED NATIONS FRAMEWORK CONVENTION ON CLIMATE CHANGE**

Klimarahmenkonvention: Erster internationaler Vertrag zur → **GLOBALEN ERWÄRMUNG**. Unterzeichnet von über 150 Staaten im Rahmen der UN-CED-Konferenz 1992 in Rio. Seit 1994 völkerrechtlich in Kraft. Die erste Vertragsstaatenkonferenz (→ **COP**) folgte 1995. Ziel ist die Stabilisierung der atmosphärischen → **TREIBHAUSGAS** -Konzentrationen auf einem Niveau, das eine gefährliche menschliche Beeinflussung des Klimasystems verhindert. Konkretes Ziel ist die Rückführung der Treibhausgasemissionen der Industrienationen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau des Jahres 1990.

.....

## **VERWUNDBARKEIT**

Gesellschaftliche Gruppen können aufgrund sozialer Ungleichheiten und Machtasymmetrien auf sehr unterschiedliche Weise von den/ auf Auswirkungen der → **GLOBALEN ERWÄRMUNG** betroffen sein/ reagieren. Basierend auf den jüngsten Erkenntnissen des → **IPCC** besteht kein Zweifel darüber, dass vor allem die sog. Entwicklungsländer am stärksten betroffen sind bzw. sein werden.

.....

## **ZIVILER UNGEHORSAM**

Z.U. stellt einen aus Gewissensgründen bewusst und symbolisch vollzogenen Verstoß gegen rechtliche Normen dar. Er zielt auf die Beseitigung einer Unrechtssituation und betont zugleich ein moralisches Recht auf Partizipation. In der Geschichte sozialer Kämpfe hat Z.U. gegen Missstände – soziale Ungerechtigkeiten oder existenzielle Gefahren – eine lange und bedeutende demokratische Tradition. Insbesondere Aktive der → **KLIMABEWEGUNG** nutzen Z.U. um ihrem Anliegen der → **KLIMAGERECHTIGKEIT** Nachdruck zu verschaffen.

.....

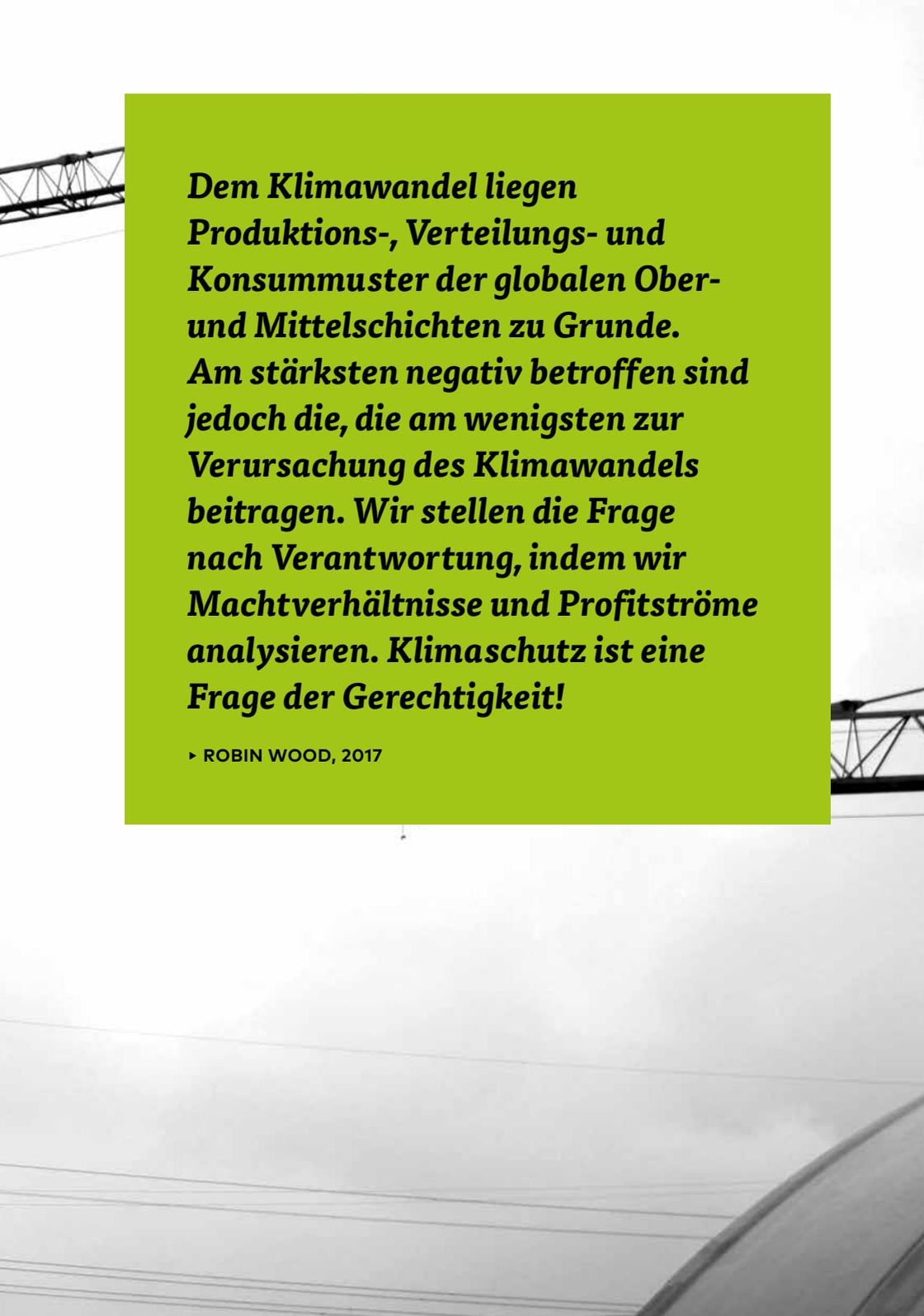


BAU

STOP

Climate Justice NOW!

ROBIN WOOD



**Dem Klimawandel liegen Produktions-, Verteilungs- und Konsummuster der globalen Ober- und Mittelschichten zu Grunde. Am stärksten negativ betroffen sind jedoch die, die am wenigsten zur Verursachung des Klimawandels beitragen. Wir stellen die Frage nach Verantwortung, indem wir Machtverhältnisse und Profitströme analysieren. Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit!**

► ROBIN WOOD, 2017

# **Denn sie wissen nicht, was sie tun**

**Das 1.5-Grad-Ziel des  
Pariser Klimaabkommens  
fordert Politik und  
Umweltbewegung heraus,  
ihre bisherigen Ansätze  
radikal zu überdenken**

**Gerrit Hansen**

**Als das sogenannte 1.5-Grad-Ziel im Dezember 2015 auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in den Vertrag von Paris aufgenommen wurde, war der Jubel groß im Lager der verletzlichen Staaten und ihrer UnterstützerInnen aus der NGO- und Think-Tank-Szene. Offen bleibt jedoch die Frage, wie diese Verschärfung der Ambition mit der realen politischen Situation in Einklang zu bringen ist.**

Seit langem ist eine Forderung der kleinen Inselstaaten und anderer vom Klimawandel besonders betroffener Länder, aber auch vieler Umweltgruppen und WissenschaftlerInnen, die Grenze für „gefährlichen“ Klimawandel auf 1.5 Grad abzusenken. Dass nun die Forderung, den Anstieg der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu halten, und Anstrengungen zu unternehmen, die Erwärmung auf 1.5 Grad zu begrenzen, tatsächlich Eingang in den Vertrag von Paris gefunden hat, führte bei vielen Beteiligten zu Freudentränen- und zu neuer Hoffnung, dass ihre Belange nun endlich von der internationalen Staatengemeinschaft ernst genommen würden.

Allerdings steigen die globalen Emissionen nach wie vor an, und wir befinden uns – ohne zusätzliche Klimaschutzanstrengungen– eher auf einem Erwärmungspfad Richtung 3 bis 4 Grad zum Ende des Jahrhunderts. Die bisher beim Klimasekretariat der Vereinten Nationen hinterlegten nationalen Klimaschutzabsichten (NDCs) bis 2030 führen bei Fortschreibung nach bisherigen Schätzungen zu etwa 2.5 bis 3 Grad Erwärmung, der Pfad zu 1.5 Grad wird mit diesen selbst auferlegten Zielen definitiv verlassen.

Nicht nur angesichts dieser Diskrepanz rieben sich insbesondere die mit Klimaschutzstrategien befassten WissenschaftlerInnen ob des Ergebnisses von Paris verwundert die Augen. Bereits zur Veröffentlichung des fünften Sachstandsberichtes des Weltklimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) im Jahr zuvor tobte eine Diskussion darum, ob das 2-Grad-Limit überhaupt noch zu erreichen sei. Dem Weltklimarat, der dies bejaht, wurde vorgeworfen, seine Ergebnisse auf komplett unrealistische Annahmen

sowie unausgereifte bzw. nicht-existente Technologien zu stützen. Und jetzt ein 1.5-Grad-Ziel? Wo zuvor schon das 2-Grad-Limit für wahlweise politisch tot oder technisch nicht machbar erklärt wurde? Wie kann das gehen? Wissen denn die Delegierten und NGO-VertreterInnen, was sie da beschlossen haben?

Jenseits aller Machbarkeits- und Kostendebatten ist es zunächst wichtig, die politische Wirkung des 1.5-Grad-Ziel anzuerkennen. Hier ist der Beschluss dieses Ziels an Bedeutung kaum zu überschätzen. Er zeigt, dass wissenschaftsbasierte Risikoanalyse nicht dem ökonomischen Kalkül der großen Emittenten geopfert wird. Er soll signalisieren, dass das Existenzrecht der kleinen Inselstaaten nicht zur Verhandlung steht und nicht zuletzt, dass das 2-Grad-Limit eine obere Schranke ist, die nicht erreicht werden darf. „Deutlich unter 2 Grad“ schließt viele bisherige Pfade aus, die 2 Grad mit nur 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit oder mit einem deutlichen „overshoot“ (als oder temporären Überschreitung von 2 Grad) erreichen würden. Es betont die Dringlichkeit sofortigen und umfassenden Handelns und macht klar: Abwarten kann keine Option sein.

## **Fünf weitere Jahre mit den heutigen Emissionen und wir werden das 1.5-Grad-Ziel wohl sicher überschreiten.**

So begrüßenswert das 1.5-Grad-Ziel also sowohl aus politischer Sicht als auch vom Standpunkt der Schadensbegrenzung und Risikominimierung ist, muss aber doch die Frage gestellt werden, welche Konsequenzen sich aus diesem verschärften Anspruch ergeben. Nach dem sogenannten „Budget-Ansatz“ besteht eine quasi-lineare Beziehung zwischen dem insgesamt seit der Industrialisierung ausgestoßenen Kohlendioxid (kumulative Emissionen) und dem Temperaturanstieg im Klimasystem. Ausgehend von den Zahlen des IPCC dürften für eine Zwei-Drittel-Chance, die Erwärmung unter 1.5 Grad zu halten, ab 2016 global noch etwa 200 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (Gt CO<sub>2</sub>) ausgestoßen werden. Gemessen an den heutigen Emissionen von jährlich knapp 40 Gt CO<sub>2</sub> sind das noch etwa fünf Jahre. Sämtliche

danach anfallenden Emissionen müssten durch die Verwendung sogenannter Negativemissionstechnologien wieder aus der Atmosphäre entfernt werden. Beim 2-Grad-Limit verbleiben bei gleicher Wahrscheinlichkeit immerhin noch etwa 800 Gt CO<sub>2</sub> – auch das ist mitnichten komfortabel.

Schon die Annahmen, die den derzeit diskutierten 2-Grad-Szenarien zu Grunde liegen, sind extrem ehrgeizig, was die Ausbaugeschwindigkeit von Erneuerbaren Energien, Effizienzgewinne und nicht zuletzt politische Umsetzung und globale Kooperation angeht. In vielen Modellen wird zudem aus Gründen der Kostenoptimierung eine weitreichende Nutzung der umstrittenen CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage: Kohlendioxidabscheidung und Speicherung) zugrunde gelegt. Bei den 2-Grad-Szenarien im letzten Bericht des Weltklimarats sind dies zwischen 15 und 35 Gt CO<sub>2</sub> im Jahr 2100, die zunächst zur „klimafreundlichen“ Nutzung fossiler Energieträger und später zur Erzeugung negativer Emissionen eingesetzt werden.

Nun kann man an den komplexen Computer-Modellen, die diesen Szenarien zugrunde liegen, vieles in Frage stellen: Inwiefern geben sie die möglichen Ausbaupfade bei Erneuerbaren Energien realistisch wieder? Sind sie ökonomisch für die Problematik überhaupt geeignet? Wie sinnvoll ist der Ansatz der globalen Kostenoptimierung? Und werden die Möglichkeiten berücksichtigt, die in gesellschaftlichem Wandel hin zu nachhaltigeren Konsummustern stecken? Noch grundsätzlicher könnte man fordern, die Modelle müssten technologische oder gesellschaftliche Brüche miteinbeziehen, das Wachstumsparadigma überwinden und Verteilungsfragen adressieren.

Dies alles sind wichtige Punkte, die in der wissenschaftlichen Literatur und der politischen Öffentlichkeit mittlerweile ansatzweise diskutiert werden. An dem fundamentalen Problem, dass wir das CO<sub>2</sub>-Budget für 1.5 Grad so gut wie aufgebraucht haben, führt diese Debatte allerdings nicht vorbei. Das CO<sub>2</sub>-Budget ergibt sich aus grundsätzlichen, physikalischen Zusammenhängen im Erdsystem – und die sind weder von unserem Wirtschaftssystem noch von den ökonomischen Modellen abhängig.

Werfen wir also einen kurzen Blick auf die bereits erwähnten sogenannten Negativ-Emissionstechnologien, die für die gängigen 2-Grad-Szenarien

ebenso bedeutend sind wie für die 1.5-Grad-Szenarien unumgänglich: Am weitesten verbreitet ist neben der Schaffung von sogenannten Senken, also das Aufforsten, Wiedervernässen von Feuchtgebieten, Verbesserung des Humusgehalts landwirtschaftlicher Böden etc., die Kombination von Bioenergie mit Kohlendioxidabscheidung und Speicherung (BECCS). Die dafür in den Modellen vorgesehenen Landflächen sind teilweise immens und stehen daher in direkter Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Großmaßstäbliche Landnutzungsprojekte sind zudem oft mit Eigentumskonflikten verbunden, der Verdrängung von KleinbäuerInnen oder Indigenen, steigenden Bodenpreisen sowie Konflikten um den Zugang zu Wasser. Andere Technologien, wie „direct air capture“ (der Entzug von CO<sub>2</sub> aus der Luft durch chemische Verfahren plus CCS), „enhanced weathering“ (die Nutzung von Verwitterungsprozessen bei Gesteinen) oder Ozeandüngung weisen ebenfalls Risiken auf, sind aufwändig, unausgereift und teilweise sehr teuer. Eine nachhaltig umsetzbare Technofix-Option ist derzeit nicht in Sicht.

Obwohl die Debatte um negative Emissionen nicht unbedingt neu ist, scheint sie sich nur sehr langsam ihren Weg in die Umweltbewegung zu bahnen. Spricht man mit deren VertreterInnen, so scheint die Einstellung vorzuherrschen, 100 Prozent Erneuerbare Energien würden alle Probleme lösen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Tatsächlich ist die globale Energiewende momentan – neben dem Stopp der Entwaldung in den Tropen – das dringendste politische Projekt, und erneuerbarer Strom wiederum ist die Voraussetzung für die Dekarbonisierung vieler anderer Sektoren wie Gebäude oder Verkehr. Den kostspieligen und politisch fatalen lock-in: also die langfristige Festlegung auf fossile Technologien aufgrund hoher Investitionen in langlebige Infrastruktur wie Kohlekraftwerke, Gaspipelines oder Ölplattformen, gilt es unbedingt zu vermeiden. Ähnliche Problematiken gibt es auch im Städtebau und bei Verkehrskonzepten.

Dabei sind die Herausforderungen für eine globale Wende im Energie- und Infrastrukturbereich gewaltig – selbst wenn die Industrieländer sich zu ehrgeizigen Dekarbonisierungsplänen entschließen würden: In den nächsten 12 bis 15 Jahren werden etwa eine Milliarde Menschen vom Land in die Städte ziehen: etwa drei Viertel von ihnen im globalen Süden. Gleichzeitig

haben vor allem in Afrika und Südasien immer noch 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität, und 2,7 Milliarden sind auf Biomasse zum Kochen angewiesen. Gerade die Regierungen schnell wachsender Entwicklungs- und Schwellenländer setzen zur Energieversorgung auch auf die vermeintlich billigen fossilen Ressourcen.

## **Die Umweltbewegung wird sich früher oder später mit der Notwendigkeit negativer Emissionen auseinandersetzen müssen.**

Die Verbrennung fossiler Energieträger ist derzeit für etwa zwei Drittel der globalen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Das „100 Prozent Erneuerbare“-Lager vernachlässigt zum Teil, dass nicht nur der Energiesektor, sondern sämtliche treibhausgas-intensiven Wirtschaftszweige und Gesellschaftsbereiche für das 1.5-Grad-Ziel quasi mit sofortiger Wirkung umgebaut werden müssten. Dabei gibt es Bereiche, in denen die Entstehung von Emissionen selbst mit 100 Prozent erneuerbarer Energieerzeugung nicht vermeidbar ist. Dies ist z.B. die Landwirtschaft, in der Methan und Stickoxide aus Düngung und Tierhaltung freigesetzt werden. Aber auch in der Industrie gibt es sogenannte Prozess-Emissionen, die sich zumindest nach heutigem Kenntnisstand nicht vermeiden lassen, etwa in der Zement- oder Stahlherstellung. Für Deutschland machen diese „unvermeidbaren“ Emissionen zur Zeit etwa 14 bis 15 Prozent der Treibhausgasbilanz aus. Wenn also Klimaneutralität hergestellt werden soll, ohne bestimmte Aktivitäten grundsätzlich einzustellen, müssten solche Emissionen durch den Entzug von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre ausgeglichen werden.

Um das 1.5-Grad-Budget nicht zu überschreiten, müsste eine beispiellose Umbaugeschwindigkeit an den Tag gelegt werden. Bei Annahme linearer Reduktion müssten die globalen Emissionen ab sofort kontinuierlich um 10 Prozent pro Jahr sinken – und dies bei zugleich steigender Weltbevölkerung, anhaltendem Wirtschaftswachstum und einem nicht unerheblichen industriellen Einsatz für den Aufbau einer erneuerbaren Infrastruktur. Selbst der Zerfall der Sowjetunion und der nachfolgende Zusammenbruch

der dortigen Industrie führte zwischen 1990 und 1995 zu „nur“ 5 bis 6 Prozent Emissionsrückgang pro Jahr. Im Gegensatz dazu liegen die höchsten je beobachteten langfristigen Reduktionen der Treibhausgasemissionen bei funktionierenden Volkswirtschaften in der Größenordnung von jährlich 1,5 bis 2 Prozent.

Diese Zahlen zeigen das enorme Ausmaß der Herausforderung, vor der wir stehen. Insbesondere wenn die mit der Dekarbonisierung verbundene gesellschaftliche Transformation mit angemessener politischer Partizipation und sozialer Abfederung einhergehen soll, wird dieser Prozess nicht in der gebotenen Schnelligkeit zu machen sein. Das heißt leider auch, dass die wünschenswerte Stabilisierung der Erwärmung bei 1,5 Grad selbst im Falle einer globalen „Superenergiewende“ kaum ohne die großmaßstäbliche Nutzung von Technologien zum Entzug von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu haben sein wird. Negativemissionstechnologien bringen jedoch ganz eigene Risiken mit sich. Eine Debatte um „1.5 versus 2 Grad“ ist dabei wenig zielführend, denn in beiden Fällen ist die anstehende politische Aufgabe die schnellstmögliche Umsetzung einer globalen Dekarbonisierung. Deren Dringlichkeit wird mit dem Anspruch, die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen, nur noch deutlicher. Trotzdem wird sich die Umweltbewegung früher oder später mit der Notwendigkeit negativer Emissionen auseinandersetzen müssen.

---

**GERRIT HANSEN** hat zu beobachteten Klimawandelfolgen promoviert und am fünften Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC mitgewirkt. Sie arbeitet als Referentin für internationale Klimaschutzpolitik bei einer deutschen NGO.

---

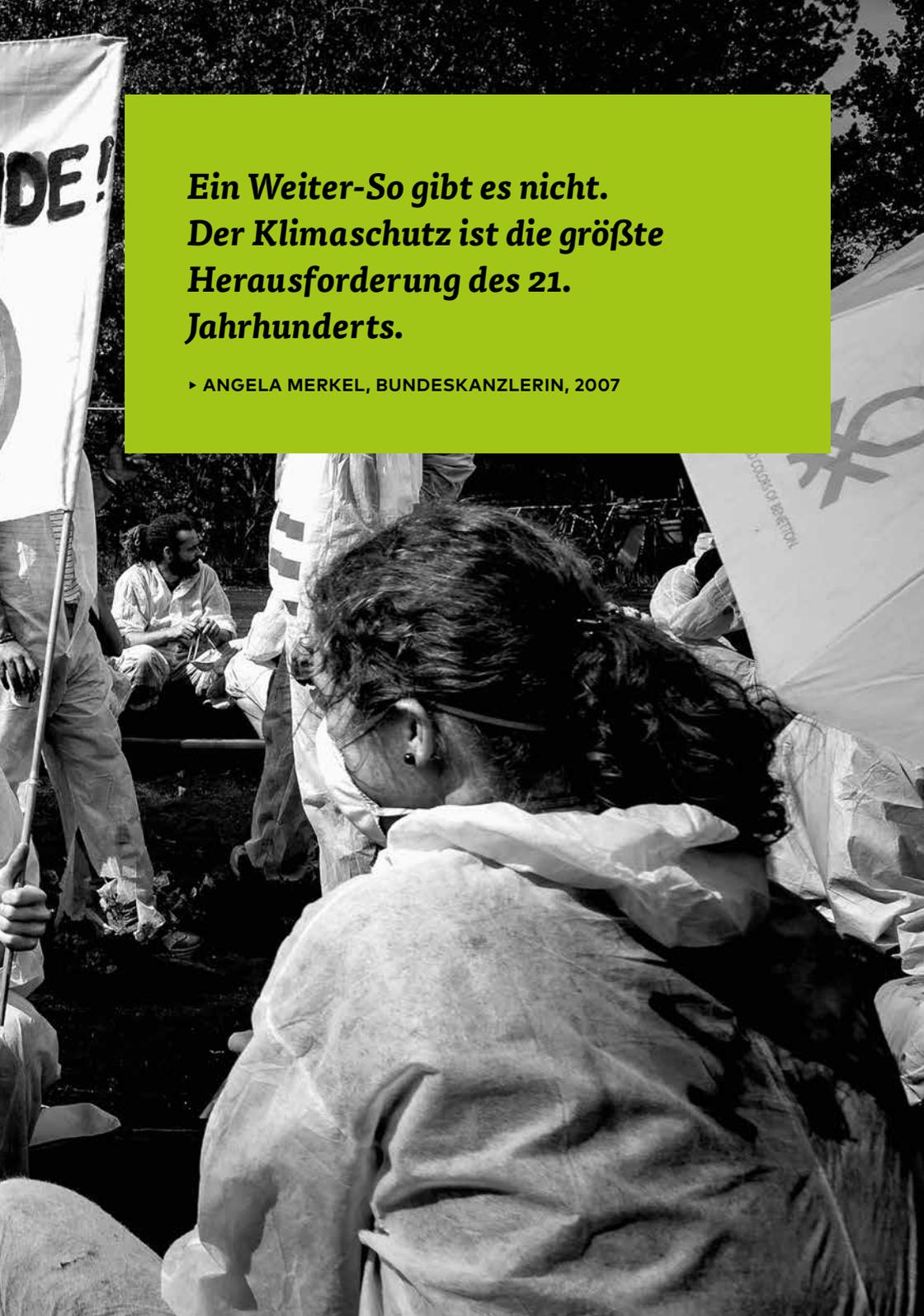
### ZUM WEITERLESEN

- ▶ Carbon Brief November 2014. <http://www.carbonbrief.org/six-years-worth-of-current-emissions-would-blow-the-carbonbudget-for-1-5-degrees>
  - ▶ UNFCCC (2016). Aggregate effect of the intended nationally determined contributions: an update. Synthesis report by the secretariat. FCCC/CP/2016/2. <http://unfccc.int/resource/docs/2016/cop22/eng/02.pdf>
  - ▶ Smith et al. 2015. Biophysical and economic limits to negative CO<sub>2</sub> emissions. Nature Climate Change 6, 42-50.
  - ▶ Tollefson, J. 2015. Is the 2 °C world a fantasy? <http://www.nature.com/news/is-the-2-c-world-a-fantasy-1.18868>
-

CO<sub>2</sub>AL  
KILLS

ENDE  
GELÄN





**Ein Weiter-So gibt es nicht.  
Der Klimaschutz ist die größte  
Herausforderung des 21.  
Jahrhunderts.**

► ANGELA MERKEL, BUNDESKANZLERIN, 2007

# **Klimapolitik für eine solidarische Lebensweise**

**Ulrich Brand**

**Das Desaster der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA darf nicht zu einer falschen Gegenüberstellung der vermeintlich progressiven Klimapolitik nach Paris versus den nun in den USA und anderswo gestärkten Klimaskeptikern und Bütteln der auf fossile Ressourcen setzenden Konzernen führen. So wichtig es ist, dass im Rahmen der Klimarahmenkonvention auf internationaler Ebene Regeln und Ziele vereinbart werden, so realistisch muss gesagt werden: Die bisherige Klimadiplomatie ist politisch weitgehend gescheitert.**

Das 1,5 Grad-Ziel hat zwar neuen Schwung in die internationale Klimapolitik gebracht. Aber ein Problem bleibt, dass die vereinbarten Verpflichtungen der Länder bei Weitem nicht ausreichen. Und dass die Ziele weiterhin freiwillig bleiben und ohne Sanktionsmechanismen versehen sind.

Das war schon die Krux beim Kyoto-Protokoll. Denn seit 1990 haben die weltweiten Emissionen an Treibhausgasen um 30 Prozent zugenommen. Laut dem 1997 unterzeichneten und 2005 in Kraft getretenen Protokoll der Klimarahmenkonvention sollten sie eigentlich deutlich sinken.

Damals hat sich der phänomenale Aufstieg der Schwellenländer erst in Umrissen abgezeichnet. Und der basiert sehr stark auf der Förderung und Nutzung fossiler Energieträger. Doch selbst in Europa sind Emissionsrückgänge seit 1990 eher auf Deindustrialisierung zurückzuführen: Deutschland nach der Vereinigung; in Polen, Tschechien oder Russland nahmen die Emissionen zwischen 1990 und 2010 um knapp bzw. gut 30 Prozent ab, in der Ukraine gar um fast 60 Prozent - wobei die Rückgänge vor allem in den 1990er Jahren zu verzeichnen sind und ab 2000 die Emissionen wieder zunehmen. Doch in Spanien nahm der Ausstoß um 25 Prozent zu und in Österreich um 8 Prozent. Eine rühmliche Ausnahme ist Großbritannien, wo der Ersatz von Kohlekraftwerken durch Gaskraftwerke zu erheblichen Reduktionen führte.

Es steht weiterhin an, was selbst die Regierungen der sieben größten Industrieländer beim G7-Treffen wenige Monate vor der Pariser Klimakonferenz als „völlige Dekarbonisierung der Weltwirtschaft“ bis Ende des Jahrhunderts bezeichnet haben. Dadurch soll die menschengemachte globale Erwärmung bis 2100 auf unter zwei Grad seit Beginn der Industrialisierung gehalten werden. Der Angelpunkt dafür ist der Verzicht auf fossile Energieträger.

In der Tat gibt es keine Alternative zur drastischen Reduktion der Energienachfrage. Denn die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle ist weiterhin der Klima-Killer Nummer eins - vor der Abholzung von Wäldern und damit dem Verlust der CO<sub>2</sub>-Bindung in den Pflanzen und vor der landwirtschaftlichen Produktion, hier vor allem durch die Freisetzung von Methangasen bei der Produktion von Fleisch und Reis.

Und diese Reduktion muss vor allem in den Industrieländern erfolgen, denn Klimawandel ist eine Frage globaler Gerechtigkeit. Die Emissionen erfolgen vor allem in den reichen und zunehmend in den Schwellenländern. 100 Entwicklungsländer sind für nur 3 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich.

Soziale Bewegungen wie jene für Klimagerechtigkeit sehen ihre Aufgabe darin, zu wenig angesprochene Probleme auf die öffentliche Agenda zu bringen, falsche Lösungen wie das einseitige Setzen auf „grünes Wachstum“ und Technologien zu kritisieren und aufzuzeigen, dass es viele Alternativen gibt bzw. dass solche weiter entwickelt werden sollten. In vielen Ländern – insbesondere im globalen Süden – geht es auch darum, über Widerstände die Verschlechterung der konkreten Lebensverhältnisse aufzuhalten und den Raum für Alternativen zu lassen. Wo großflächig Bergbau betrieben wird und wurde, ist in der Regel nicht nur das Wasser verschmutzt und die Landschaft völlig verändert, sondern damit eben auch wenig Raum für ein auskömmliches Leben der lokalen Bevölkerung, ökologische Landwirtschaft und anderes. Die Bewegung für Klimagerechtigkeit politisiert insbesondere den unzureichenden Umbau des Energiesystems, der mit einer tiefgreifenden sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einhergehen muss. Dann kommen Fragen der Automobilität und industriellen Landwirtschaft, von industrieller Produktion und ihren Wachstums- und Profittreibern auf die Tagesordnung. Die Bewegung politisiert damit einige Geburtsfehler der internationalen Klimadiplomatie.

In der Klimapolitik wird viel über Emissionen und Grenzwerte gesprochen, wobei deren Festlegung nicht nur eine Frage der wissenschaftlichen Forschung ist, sondern auch eine von Diskursen und Kräfteverhältnissen zwischen Klimawissenschaftlern und -skeptikern, sozialen Bewegungen, progressiven wie reaktionären Regierungen und der auf fossilen Energieträgern basierenden Industrien. Das wird auch so bleiben.

## ***Grenzen der Übernutzung der Natur müssen gesellschaftlich und politisch gesetzt werden durch die Veränderung der Kräfteverhältnisse, Diskurse, sozio-ökonomischer und politischer Verhältnisse.***

Grenzen der Übernutzung der Natur müssen gesellschaftlich und politisch gesetzt werden durch die Veränderung der Kräfteverhältnisse, Diskurse, sozio-ökonomischer und politischer Verhältnisse. Insofern ist die Bewegung für globale Klimagerechtigkeit immer Teil dieser Kämpfe und Kräftekonstellationen – das sollte sie ermuntern zum Weitermachen, aber auch zu einer Reflexion dieser Kräfte- und Diskurskonstellationen. Wenn gleich in der Politik viel über Emissionen gesprochen wird, so kaum über die Ursachen. Diese sind in unserer kapitalistisch-industriellen und fossilistischen Produktions- und Lebensweise zu suchen. Die Menschen der Industrieländer greifen in ihrem Alltag fast selbstverständlich auf die Produkte des Weltmarkts zurück. Die werden durch den Globalisierungsprozess noch stärker als zuvor durch billige Arbeitskraft und Naturressourcen produziert. Es handelt sich um eine „imperiale Lebensweise“. Diese in eine solidarische umzubauen, ist die große Aufgabe unserer Zeit. Vorschläge und Ansätze dafür gibt es zuhauf, sie sind aber bislang kaum gesellschaftlich relevant (was nicht gegen sie spricht).

Die offizielle Klimapolitik kommt sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene an diese tief verankerte Lebensweise im globalen Norden nicht heran. Markus Wissen nennt das eine „strukturelle Überforderung“ der Klimapolitik.

Ja mehr noch: Das Modell der ressourcenintensiven Lebensweise wird in den Ländern des Nordens entwickelt, stabilisiert und vorgelebt. Zudem wird ein Großteil der Güter, die auf dem Weltmarkt vor allem von den reichen Ländern nachgefragt werden, in China produziert, wo zwangsläufig auch die mit der Produktion verbundenen Emissionen entstehen. Man spricht in der Fachdiskussion von einem Export der Klimagase. Und schließlich haben die Industrieländer aufgrund der Emissionen in der Vergangenheit eine Art „historischer Schuld“ abzutragen. Zu dieser Lebensweise gehört die ressourcenintensive Produktion dazu, wird das ausgeblendet, landet man politisch rasch beim Appell an die KonsumentInnen, die die Welt verändern sollen. Ein Beispiel: Im Jahr 2014 machten die Öl- und Gasfirmen alleine in den USA und Kanada 235 Milliarden Dollar Gewinne. Der derzeit geschätzte Wert der bekannten Öl- und Kohlereserven weltweit beträgt Zehntausende Milliarden von Euro! Gleichzeitig zeigen seriöse Studien, dass aus klimapolitischen Gründen drei Viertel dieser Reserven im Boden bleiben müssen. Das Geld ist ja nicht nur für private Formen von Interesse, sondern auch für Regierungen in Russland, Saudi-Arabien oder Venezuela. Hier geht es also um knallharte Machtfragen, die aber eben mit jenen der herrschenden und zu verändernden Lebensweise verbunden werden müssen.

Schließlich sollte sich die Bewegung – schwierig genug – auf von der fossilen Produktions- und Lebensweise verursachte Probleme und Desaster einstellen. Nicht in zynischer und rechthaberischer Absicht, sondern um klug und für eine breite Öffentlichkeit plausibel zu intervenieren, in dem sie Interessen und Machtverhältnisse, falsche Versprechen und Lügen der „Gegenseite“ offenlegt. Das ist eine Frage der guten und gut recherchierten Argumente, der konkreten Medienarbeit, der Kontakte in politische, mediale und zivilgesellschaftliche Spektren hinein und zu progressiven Unternehmen. Es ist damit eine Frage von Bündnispolitik und -fähigkeit, gerade um radikale Forderungen und Alternativen zu stärken (und keine falschen Kompromisse zu machen). Das sollte verbunden werden mit einer Story, einer „Erzählung“ von einem möglichen, anderen guten Leben, das nicht nur von einer kleinen Öko-Elite gelebt werden kann und will, sondern von vielen Menschen. Das scheint mir das Interessante an der Degrowth-Bewegung: die Ansätze für ein „gutes Leben für alle“.

---

**ULRICH BRAND**, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, arbeitet unter anderem zur Krise der Globalisierung und zu sozial-ökologischen Fragen. Er ist Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ sowie Mitglied in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) und im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland.

---

### ZUM WEITERLESEN

- ▶ Degrowth in Bewegung(en), 35 spannende Beiträge mit Analysen und Alternativen: <https://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/post-extraktivismus/>
  - ▶ Sybille Bauriedl (Hrsg., 2016.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: Transcript.
  - ▶ Ulrich Brand und Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom-Verlag.
  - ▶ Stephan Lessenich (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.
  - ▶ Zeitschrift Movum. Briefe zur Transformation. Diverse Ausgaben: [www.movum.info](http://www.movum.info)
-



ROBIN WOOD

ENDE GELÄNDE  
KOHLEAUSSTIEG  
JETZT!



ROBIN WOOD

BURNING  
COAL  
CREATE  
RESISTANCE



ROBIN WOOD

ROBIN WOOD

**Deutschland kann seinen  
nationalen Beitrag zum  
1,5-Grad-Ziel noch erreichen.  
Der Kohleausstieg bis Ende 2025  
ist Voraussetzung dafür.**

- ▶ GEMEINSAMES DISKUSSIONSPAPIER VON UMWELTINSTITUT MÜNCHEN, ATTAC, ROBIN WOOD, NATURFREUNDE DEUTSCHLANDS, POWERSHIFT, KONZEPTWERK NEUE ÖKONOMIE, BÜRGERBEGEHREN KLIMASCHUTZ, 350.ORG UND DEM INKOTA NETZWERK, MÄRZ 2017



# **Über das System reden, nicht über Zahlen!**

**Johannes Reis und Christiane Gerstetter**

**Im Dezember 2015 haben die internationalen Klimaverhandlungen in Paris mit der Vereinbarung von relativ ambitionierten Zielen überrascht, darunter das Ziel, den Temperaturanstieg auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Allerdings ist aus Sicht sozialer Bewegungen nicht nur zu kritisieren, dass den vollmundigen Ankündigungen zu wenige Taten folgen. Es ist auch zu befürchten, dass viel über technische Emissionspfade geredet wird und wenig darüber, wie ein gutes Leben für alle erkämpft und eine sozial-ökologische Transformation eingeleitet werden kann.**

Das Paris Agreement vom Dezember 2015 enthält das Ziel, dass der „Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“. Das 1,5°C-Ziel wurde maßgeblich auf Betreiben von Ländern des globalen Südens aufgenommen und ist ein Zeichen der Anerkennung dafür, dass ungebremster Klimawandel für viele Menschen und Länder sowie Ökosysteme inakzeptable Konsequenzen haben würde.

Soweit Staaten mit dem Ziel den Willen verbinden, auch auf nationaler Ebene ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen und die dafür nötigen Transformationsprozesse anzustoßen, ist das Ziel als Orientierung für staatliche Politik und als mögliches Signal an Unternehmen nicht falsch. Falls es beispielsweise dazu kommen sollte, dass im Hinblick auf das 1,5°C-Ziel notwendige Maßnahmen wie der Kohleausstieg in Deutschland schnell vorangetrieben und damit Forderungen der Klimabewegung aufgenommen werden, wäre das zu begrüßen.

Derzeit sieht es allerdings so aus, als ob die von verschiedenen Ländern definierten Maßnahmen für Emissionsreduzierungen noch nicht einmal ausreichen, um den Klimawandel auf 2°C zu begrenzen. Immerhin kann die

Klimagerechtigkeitsbewegung mit Verweis auf das Abkommen von Paris aufzeigen, dass viele politische Entscheidungen im direkten Widerspruch zu auf nationaler und internationaler Ebene formulierten Klima-Zielen stehen. Trotzdem und unabhängig davon wie die realpolitischen Chancen aussehen, bestimmte Gradziele zu erreichen, halten wir das 1,5°C-Ziel (ebenso wie das 2°C-Ziel) für nicht geeignet, einen zentralen Bezugspunkt für soziale Bewegungen zu bilden. Das ist die Kernthese unseres Beitrags.

Während das 1,5°C-Ziel einen Appell-Charakter für globale Entscheidungsträger hat, sollte es sozialen Bewegungen darum gehen, den sozial-ökologischen Umbau zu einer klimagerechten Gesellschaft voranzutreiben. Ein Systemwandel ist auch unabhängig vom Klimawandel nötig, da unser kapitalistisches System schlicht und einfach für viele Menschen und die Natur nicht funktioniert. Der Klimawandel ist ein zusätzlicher Grund, die nötigen Transformationsprozesse so schnell und radikal wie möglich anzugehen; diese Erkenntnis ist aber unabhängig von irgendwelchen konkreten Gradzielen.

Es gibt weitere gute Gründe, warum soziale Bewegungen den Gradzielen der internationalen Klimapolitik nicht allzu viel orientierende Bedeutung für ihre eigenen Aktivitäten beimessen sollten. Diese haben auch damit zu tun, welche Politikmodelle und Werte mit bestimmten politischen Zielen transportiert werden <sup>1</sup> – und diejenigen, die mit gradgenauen Klimazielen verbunden sind, sind nicht unbedingt emanzipatorisch.

Ein erster Grund ist, dass selbst wenn es gelänge, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5°C zu begrenzen, das nicht bedeuten würde, dass alles für alle Menschen gut ist. Der Klimawandel trifft voraussichtlich nicht nur einige Regionen stärker als andere, sondern die Armen mehr als die Reichen, die Kleinbäuerin im globalen Süden mehr als den Bankdirektor im globalen Norden etc. Die Aufgabe emanzipatorischer linker Bewegungen ist es aus unserer Sicht, die Existenz und die Ursachen für solche Ungleichheiten – ob im Zusammenhang mit dem Klimawandel oder in anderen Zusammenhängen – immer und immer wieder zu kritisieren und Visionen zu entwickeln, wie ein anderes, besseres Leben für Alle aussehen könnte.

Zweitens wird mit gradgenauen Zielen die Diskussion stark in eine Richtung gelenkt, die von Emissionsminderungsszenarien und den dafür notwendigen technischen Innovationen geprägt ist. Zu den häufig vorgeschlagenen technischen Maßnahmen gehören u.a. die Abscheidung und unterirdische Speicherung von Treibhausgasen (bekannt unter dem Kürzel CCS) sowie die Nutzung von Nuklearenergie. Verbunden mit den Vorschlägen für die Nutzung solcher Technologie ist eine starke Technikgläubigkeit. Vergangene Katastrophen auf Grund solcher Großtechnologien werden dabei ignoriert, und es wird davon ausgegangen, dass bestimmte technische Erfindungen rechtzeitig gemacht werden. Sowohl die 1,5°C als auch 2°C-Szenarien kommen zudem meist nicht ohne das Konzept „negativer Emissionen“ über Bioenergy Carbon Capture and Storage (BECCS) aus.

## **Die Begrenzung auf das 1,5-Grad-Ziel reicht nicht. Es geht um ein gutes Leben für Alle.**

Dabei soll Biomasse angebaut und das bei der anschließenden Verbrennung freigesetzte CO<sub>2</sub> unterirdisch gespeichert werden. Je nach Schätzung werden für die Biomasseproduktion Landflächen bis zur doppelten Größe Indiens benötigt. Hier offenbart sich ein (neo-)kolonialer Blick auf Landflächen, von denen angenommen wird, dass sie für die Lösung globaler Probleme zur Verfügung stünden. Dabei werden die Bedürfnisse der Menschen ausgeblendet, die ihre Lebensgrundlage und Identität mit diesem Land verbinden und bereits ohne die zusätzliche Nachfrage durch BECCS um den Zugang zu Landkämpfen müssen. Aus unserer Sicht befördert keiner dieser Ansätze den Umbau derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Klimawandel hervorgebracht haben – sie bestärken sie ganz im Gegenteil noch.

Die Gründe, warum der Umbau unseres Wirtschaftssystems ausbleibt, werden dagegen nur unzureichend thematisiert. Das Hauptproblem bei der Bekämpfung des Klimawandels scheint uns aber nicht zu sein, dass nicht bekannt wäre, was eigentlich getan werden müsste, sondern dass es nicht passiert. Das liegt an Faktoren wie Machtverhältnissen, fehlendem politischen Willen sowie fehlender Bereitschaft zur Abkehr vom wachstums- und profitorientierten Wirtschaftsmodell. Aufgabe von sozialen Be-

wegungen ist aus unserer Sicht, diese Situation und ihre Gründe deutlich zu machen und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ändern, damit der notwendige radikale Umbau eingeleitet werden kann. Aus unserer Sicht sind deswegen Forderungen, die es möglichst vielen Menschen erlauben würden, auch bei geänderten klimatischen Bedingungen ein möglichst gutes Leben zu führen, richtig. Dazu gehört zum Beispiel diejenige nach globaler Bewegungsfreiheit, so dass jeder Mensch, an einem selbst gewählten Ort auf dem Planeten leben kann. Solche Forderungen finden sich aber in Emissionspfadstudien nicht. Auch Visionen eines guten Lebens für alle sowie dazu, wie mensch den Kapitalismus, der (Mit)Ursache des Klimawandels ist, loswird, fehlen regelmäßig.

Drittens sind die Gradziele mit deutlich größeren Unsicherheiten behaftet, als es ihre Prominenz im politischen Diskurs nahelegt. Unsicherheiten bezüglich Geschwindigkeit, genauen Auswirkungen und Ausmaß des Klimawandels sind in wissenschaftlichen Studien wie beispielsweise denjenigen des Weltklimarats (IPCC) benannt, fallen aber in politischen Diskussionen gerne unter den Tisch. Gradziele sind eine politische Setzung, werden aber nicht klar als solche benannt. Dies ist unter anderem deswegen problematisch, weil die Konzentration auf Gradziele häufig zur Folge hat, dass gesellschaftliche Veränderung in einer bestimmten Weise gedacht wird: eine technokratische Elite legt auf Grund von Rechenübungen zu Kohlenstoffbudgets fest, was zu tun ist und setzt dies mit Hilfe von machtvollen Institutionen, die bislang eher Ursache des Problems als Teil der Lösung waren, durch. Das erscheint uns nicht wünschenswert. Transformationsprozesse – auch solche radikaler Art – können letztendlich nur das Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sein bzw. zumindest mit der Zustimmung eines größeren Teils der Bevölkerung erfolgen. Möglicherweise heißt das, dass der klimafreundliche Umbau von Gesellschaften mehr Zeit braucht, als laut Emissionspfadstudien zur Verfügung steht, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Es wäre fatal, wenn das Ziel dazu missbraucht würde, umfassende gesellschaftliche Transformation und die dafür notwendigen Aushandlungsprozesse mit Verweis auf den zu kurzen Zeithorizont als unrealistisch abzulehnen.

Das 1,5°C-Ziel mag also im Paris Agreement gut aufgehoben sein – ob es auch zu ambitioniertem Klimaschutz führt, ist noch unklar. Soziale Bewegungen

sind allerdings gut beraten, das Ziel nicht auf ihre Fahnen zu schreiben, sondern sich stattdessen für sozial-ökologische Transformationsschritte einzusetzen, deren Wichtigkeit und Konturen auch ohne gradgenaue Ziele schon lange mehr als deutlich sind.

---

**1** Vgl. dazu Smart CSOs Lab, Reimagining Activism – A Practical Guide for the Great Transition, S.16ff

---

**JOHANNES REIS** und **CHRISTIANE GERSTETTER** sind unter anderem im Arbeitsschwerpunkt gesellschaftliche Naturverhältnisse der Bundeskoordination Internationalismus aktiv ([www.buko.info](http://www.buko.info)).

---



SCHLUSS MIT DER AUSBEUTUNG  
MENSCHLICH,  
UND NATUR

KAMPAGNE GEGEN  
TIERFABRIKEN

UMA  
JUN  
JUN

GRAND  
GRAND



**Wir müssen jetzt aktiv werden, um die insbesondere von Menschen im Globalen Süden geforderte 1,5 °C Marke effektiv durchzusetzen. Wir stellen uns jetzt gegen die Zerstörung in den Braunkohlerevieren. Wir können nicht auf internationale Klimagipfel warten.**

► BÜNDNIS „ENDE GELÄNDE“, 2017

# **Das 1,5 Grad- Ziel umsetzen: Wir fangen schon mal an**

**Inken Behrmann**

**Als im Dezember 2015 auf dem UN-Klimagipfel das „Paris Agreement“ beschlossen wurde, feierte die Welt: Staatschefs klopfen sich auf die Schulter, einige Umweltverbände wie Germanwatch und der WWF lobten die Delegierten und medial wurde der „diplomatische Erfolg“ des Gipfels gepriesen. Mit der Verabschiedung eines Vertragstextes, der dem Kyoto-Protokoll nachfolgt und ambitionierte Klimaziele formuliert, hatte seit dem gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen kaum noch jemand gerechnet. Aber besser hätte man das eigentliche Scheitern der Klimadiplomatie nicht kaschieren können: Denn wenn Staatschefs sich dafür auf die Schulter klopfen, dass sie die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C beschließen und gleichzeitig nationale politische Maßnahmen zusagen, die auf eine Erwärmung von über 3°C hinaus laufen, bleibt der diplomatische Erfolg ohne materielle Relevanz.**

War es vorher noch nicht deutlich, ist der Pariser Klimavertrag die letzte Bestätigung, dass über den Klimawandel nicht auf den Bühnen der internationalen Klimadiplomatie entschieden wird. Stattdessen muss die Zivilgesellschaft weltweit selbst aktiv werden: Mit Aktionen zivilen Ungehorsams gegen fossile Infrastruktur fordert sie konkrete Klimapolitik ein und übt zugleich strukturelle Kritik am System des Kapitalismus.

#### **DIE ERDERWÄRMUNG MUSS AUF 1,5 GRAD BEGRENZT WERDEN**

Der Beschluss des 1,5°-Ziels macht deutlich, welch hohe Legitimität ihm zugeschrieben wird. Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Wissenschaftler\*innen haben sogenannte Klima-Kipppunkte identifiziert. Es handelt sich dabei um Momente, in denen die Erderwärmung Prozesse initiiert, die unumkehrbar sind und die zugleich den Klimawandel verstärken. Mit dem

Erreichen der Kippunkte droht ein Klimachaos. Der Mensch hätte – selbst wenn er wollte – kaum noch Einfluss auf das weitere Geschehen. Einer dieser Kippunkte ist das Schmelzen des arktischen Meereises. Das dabei entstehende Wasser speichert mehr Wärme als Eis und beschleunigt somit die Erwärmung. Gleichzeitig wird durch die Erwärmung das im Meerwasser gespeicherte CO<sub>2</sub> freigesetzt, das den Klimawandel zusätzlich antreibt. Insgesamt haben Klimawissenschaftler\*innen neun dieser Kippunkte ermittelt, die ab einer Erwärmung von 0,5 bis 5 °C sich selbst verstärkende Erwärmungsdynamiken anstoßen.<sup>1</sup> Soll der Klimawandel in einem kontrollierbaren Bereich gehalten werden, muss die Erwärmung unterhalb des kritischen Bereichs gehalten werden.

Die Forderung nach der Begrenzung der Klimaerwärmung um 1,5 °C hat für die Klimagerechtigkeitsbewegung besondere Legitimität, weil sie vor allem von Menschen aus dem Globalen Süden<sup>2</sup> eingebracht wurde. Es ist eine Frage globaler Gerechtigkeit, diese Forderung durchzusetzen. Denn der Klimawandel wurde vor allem von Staaten im Globalen Norden während der Industrialisierung initiiert. Auch heute noch sind diese Industriestaaten, inzwischen ergänzt um einige Schwellenländer, für das Gros der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich: Allein die G20-Länder verantworten heute 80 bis 85 Prozent des weltweiten Ausstoßes. Die Konsequenzen des so befeuerten Klimawandels aber müssen vor allem Menschen im Globalen Süden tragen: Der Meeresspiegelanstieg bedroht schon heute die pazifischen Inselstaaten Kiribati, Tuvalu und die Marshall-Inseln. Die meisten dieser Inseln liegen höchstens zwei Meter über dem Meeresspiegel, was mittelfristig die Existenz der ganzen Staaten, heute aber schon viele Ortschaften und Süßwasservorräte bedroht. Die teilweise besonders vulnerablen Pazifikstaaten haben sich im Pacific Islands Development Forum (PIDF) als eigene Verhandlungsgruppe zusammengeschlossen und vor den Pariser Klimaverhandlungen die „Suva Declaration“ verabschiedet. Neben dem 1,5°-Ziel fordern sie ein „internationales Moratorium über die Entwicklung und Erweiterung fossiler Energieindustrien, insbesondere den Bau neuer Kohleminen.“ Aufgrund der historischen Verantwortung der Staaten des Globalen Nordens ist es aus Sicht der Klimagerechtigkeitsbewegung unsere Verantwortung, das 1,5°-Ziel aufzugreifen und in unsere Kontexte zu übersetzen.

## 1,5 GRAD BEDEUTET RADIKALEN GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL

„Denn sie wissen nicht, was sie tun“ betitelte Gerrit Hansen den Auftakt der vorliegenden Debattenreihe zum 1,5°- Ziel. Sie beschrieb, dass schon Ende 2015 abzusehen war, dass dieses Grad-Ziel kaum noch zu erreichen sei. Die Menge an Kohlendioxid, die wir global noch ausstoßen dürften, haben wir bei der momentanen Entwicklung in fünf Jahren erreicht. „Um das 1,5°-Budget nicht zu überschreiten,“ so Hansen „müsste eine beispiellose Umbaugeschwindigkeit an den Tag gelegt werden. Bei Annahme linearer Reduktion müssten die globalen Emissionen ab sofort kontinuierlich um 10 Prozent pro Jahr sinken“ – eine historisch nie erreichte Reduktion.

Meinen wir 1,5 Grad als Begrenzung der Erderwärmung also ernst, wird überdeutlich, dass ein radikaler gesellschaftlicher Wandel stattfinden muss, und zwar schnell. Fast alle gesellschaftlichen Bereiche müssen umgestaltet werden: Fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle müssen aus dem Verkehrs-, Wohn- und Heizbereich sowie der Energieerzeugung verschwinden und durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Da dies mit unseren begrenzten Ressourcen nicht vollständig möglich sein wird, muss der Energiebedarf in allen gesellschaftlichen Bereichen verringert werden. Andere emittierende Sektoren, wie die industrielle Landwirtschaft, müssen sich ebenso wandeln. Es gäbe keine Arbeit mehr in fossilen Unternehmen; kaum Flugreisen, bis es dafür klimaneutrale Alternativen gibt, stattdessen Bahnreisen; regionales Gemüse statt Südfrüchte; ein begrenztes Kontingent an Energie. Auch die nationale und internationale Politik müssen vollkommen neu ausgerichtet werden. Klimaschutz muss Priorität haben – auch gegenüber den Interessen der Landwirtschafts-, Kohle- und Automobilindustrie.

Wollen wir den Klimawandel langfristig aufhalten und seine Ursachen bekämpfen, müssen wir unsere kollektive Lebensweise radikal ändern. Unser persönliches Leben im Globalen Norden ist eingebettet in globale Machtgefälle (vgl. dazu den Beitrag von Ulrich Brand in dieser Reihe). Wir können hier nur Südfrüchte konsumieren, weil andere Menschen sie in teils ausbeuterischen Verhältnissen anbauen und sie dann – nicht CO<sub>2</sub>-neutral – hierher transportiert werden. Auch in vielen anderen Bereichen sind die weltweiten Strukturen so angelegt, dass wir im Globalen Norden oft nicht nur über unsere eigenen, sondern vor allem über die Verhältnisse der Menschen im

Globalen Süden leben. Die Lebensweise, an die wir uns dabei gewöhnt haben, ist maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich.

### **WIR MÜSSEN JETZT GEMEINSAM HANDELN!**

Sieht man diese Konsequenzen des 1,5 Grad Ziels an, wird deutlich, warum die Klimadiplomatie zum Scheitern verurteilt ist: Der notwendige Wandel ist zu tiefgreifend, als dass er auf den Bühnen internationaler Klimadiplomatie beschlossen werden könnte. Er muss viel mehr von unten kommen und sich entwickeln. Die Klimagerechtigkeitsbewegung setzt deshalb auf eine Doppelstrategie, die gleichzeitig konkreten politischen Druck aufbaut und grundsätzliche Systemkritik artikuliert. Das Bündnis „Ende Gelände“ organisiert seit 2015 Massenaktionen zivilen Ungehorsams in den deutschen Braunkohlerevieren, um den „sofortigen Kohleausstieg“ einzufordern und den Klimawandel an den Orten zu verhindern, an denen er entsteht. Der Ausstieg aus der Braunkohle als emissionsreichstem fossilen Brennstoff ist die direkte Übersetzung des 1,5°-Ziels in konkrete Politik. Er ist geboten und möglich, „Ende Gelände“ fordert ihn öffentlichkeitswirksam ein. Der bewusste Verstoß gegen rechtliche Normen ist dabei kalkuliert und macht die Dringlichkeit des Wandels sowie die Radikalität der Forderung klar.

Im Jahr 2017 protestieren die Aktivist\*innen unter dem Slogan „Wir schaffen ein Klima der Gerechtigkeit“ dafür, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammen zu denken. Sie fordern eine klimagerechte Welt, in der unser Leben nicht auf der Ausbeutung von Natur und Menschen vor allem im Globalen Süden basiert. Der erste Schritt in diese Richtung ist, die Nutzung der Braunkohle einzustellen, weitere Schritte werden folgen. Es gilt keine Zeit zu verlieren. Reine Zahlen in politischen Abkommen werden den Klimawandel nicht verhindern. Nur wenn wir gemeinsam handeln, können wir die Zahlen mit konkreten Inhalten und Lebensalternativen füllen. Und dann wissen wir nicht nur, dass sich unsere Gesellschaft radikal ändern wird, sondern wir können auch gestalten, wie.

---

**1** <http://www.klimaretter.info/tipps-klimalexikon/6070-kipp-elemente>

**2** „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ beschreiben keine geografischen Gebiete: Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Position. Die Einteilung verweist auf die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus, Industrialisierung und Ausbeutung, einmal als Ausgebeutete und einmal als Profitierende. Definition nach <https://www.brebit.org/Page0/Begrifflichkeiten/Globaler-Sueden-Globaler-Norden.html>

---

**INKEN BEHRMANN** ist aktiv im Kampagnen-Bündnis „Ende Gelände“.

---



VATTE

ROBIN WOOD

Don't sell the  
End coal

ROBIN WO



***Das Pariser Abkommen ist unumkehrbar, und es ist nicht verhandelbar.***

► ANGELA MERKEL, BUNDESKANZLERIN,  
REGIERUNGSERKLÄRUNG, JUNI 2017

# **1.5 to stay alive**

**Die Bedeutung des  
1.5°C-Limits für den  
Inselstaat Tuvalu**

Sabine Minninger

**„Schon vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Erwärmung ist Tuvalus Zukunft düster. Jede weitere Temperaturerhöhung wird den vollständigen Untergang Tuvalus bedeuten. Für die kleinen Inselstaaten, für die am wenigsten entwickelten Länder und für viele andere ist ein globales Temperaturziel von unter 1.5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau entscheidend. Ich appelliere an die Europäer, ihre Obsession mit 2 Grad sorgfältig zu prüfen. Selbstverständlich müssen wir die beste Zukunft anvisieren, die wir erreichen können, und nicht auf einen schwachen Kompromiss. Lasst es uns für Tuvalu tun. Denn wenn wir Tuvalu retten, retten wir die Welt.“**

Mit diesem Statement beim Auftakt des historischen Pariser Klimagipfels erlangte der Staatschef von Tuvalu Enele S. Sopoaga weltweit Beachtung. Die Einhaltung des 1.5-Grad-Ziels ist nicht nur für Tuvalu eine Überlebensfrage sondern für die ganze Welt. Die Botschaft ist klar, wer Tuvalu aufgibt – der gibt langfristig die ganze Welt auf!

#### **WAS ZUR DEBATTE STEHT: ARMUTSTREIBER KLIMAWANDEL**

Die Zahlen alarmieren: 26 Millionen Menschen werden jedes Jahr durch Naturkatastrophen zurück in die Armut gestoßen, so die Ergebnisse einer Weltbank-Studie. Rechnet man diese Zahlen hoch auf die eine Milliarde Menschen, denen es laut Weltbank in den letzten 15 Jahren gelungen ist, der Armut zu entgehen, dann hätten ohne Naturkatastrophen theoretisch 390 Millionen mehr Menschen aus Armut befreit werden können.

Mit steigender Durchschnittstemperatur nimmt die Fragilität zu. Der Klimawandel ist zum größten Risikofaktor für das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) geworden: Während Schadenshäufigkeit und -ausmaß von nicht-klimabezogenen

Naturkatastrophen wie Vulkanausbrüche oder Erdbeben im langjährigen Mittel kaum schwanken, hat sowohl die Häufigkeit als auch die Intensität klima- und wetterbezogener sowie hydrologischer Katastrophen spätestens seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts deutlich zugenommen – und mit ihnen Schäden und Verluste.

Die Verluste an Menschenleben, die ökonomischen Schäden und die Zerstörung von Lebensräumen infolge von klimabedingten Naturkatastrophen haben bereits enorme Ausmaße angenommen – und werden auch bei einer drastischen Reduktion der Treibhausgasemissionen zunächst dramatisch zunehmen. Für den Zeitraum 1992 bis 2012 schätzt das Büro der Vereinten Nationen zur Minimierung des Katastrophenrisikos die Zahl der Opfer auf rund 560 000 und das Schadensvolumen auf 1,36 Billionen Dollar. Die klimabedingten Schäden haben sich laut dem Versicherer Munich Re seit 1980 verdreifacht. Der vielzitierte Report des britischen Ökonomen Sir Nicolas Stern aus dem Jahr 2006 prognostiziert, dass die wirtschaftlichen Schäden durch den Klimawandel einem jährlichen Verlust von 5 Prozent des globalen Bruttonationaleinkommens entsprechen werden. Im vergangenen Jahrzehnt wurden jährlich rund 26 Millionen Menschen in der Folge von Umwelt- und Klimaveränderungen aus ihrer Heimat vertrieben. Die umweltbedingte Migration könnte laut Internationaler Organisation für Migration in den nächsten Jahren auf in der Summe über 200 Millionen Menschen ansteigen (IOM 2017).

Laut einer Studie des Norwegischen Flüchtlingsrates verloren im Jahr 2013 über 22 Millionen Menschen ihre Heimat durch Stürme, Erdbeben, Schlammlawinen – dreimal so viele wie durch kriegerische Konflikte. Der Klimawandel richtet längst größere Schäden an als Bomben und Bürgerkriege.

Die nicht-ökonomischen Verluste von Biodiversität, Ressourcenzugang, Sicherheit, Heimat, Identität wirken ebenso entwicklungshemmend: Im Zusammenspiel mit Bevölkerungsdruck, schwacher Staatlichkeit und ethnisch oder religiös motivierten Konflikten können sie zu wichtigen Treibern von Gewaltkonflikten und Migration werden.

## DER FALL TUVALU

Zurück nach Tuvalu: Der Inselstaat mit seinen ca. 10.000 Einwohnern gehört weltweit zu den vom Klimawandel verletzlichsten Staaten. Besonders intensiver auftretende Stürme und der Meeresspiegelanstieg, verbunden mit extrem hohen Wellen bedrohen den südpazifischen Inselstaat in seiner Existenz. Das Staatsgebiet umfasst nur 26 Quadratkilometer Landfläche, im Durchschnitt liegt das Land lediglich zwei Meter über dem Meeresspiegel. Der höchste Punkt der Inselatolle überragt den Meeresspiegel um nur vier Meter.

Bereits im Jahr 2005 brachte Zyklon Pam, der verheerendste Zyklon der letzten Jahre, sechs Meter hohe Flutwellen mit sich, die das Land komplett überschwemmten. Maatia Toafa, Finanzminister und stellvertretende Premierminister von Tuvalu, hebt hervor, welches Glück sein Land hatte, dass der Zyklon keine Menschenleben forderte. Dies sei der sehr guten Katastrophenvorsorge des Landes zu verdanken. Man konnte die Bevölkerung rechtzeitig warnen.

Die Prioritäten im Inselstaat sind gesetzt: Vor allem für Anpassungsmaßnahmen an den Meeresspiegelanstieg sollen Finanzmittel eingesetzt werden. Sandsäcke und künstliche Zementbarrieren gibt es bereits, um die Küsten vor der Erosion durch die Gezeiten zu schützen. Mit aufwendigen Methoden werden neue Landflächen geschaffen. Mit Sand vom Meeresgrund der Lagune soll das Atoll und damit auch die dörflichen Siedlungen höher gelegt werden.

Wäre es angesichts des Aufwands der Anstrengungen, mit dem Wissen über die Risiken des Klimawandels nicht auch eine Überlegung, einen Umsiedlungsprozess anzugehen, wie ihn der Inselstaat Kiribati bereits plant?

„Auf gar keinen Fall siedeln wir um“, gibt der stellvertretende Premier Toafa nachhaltig zu verstehen. „Wenn der Staat Tuvalu untergeht, dann gehen wir mit Tuvalu unter, es wird kein Tuvalu II auf einem anderen Staatsgebiet geben. Was Tuvalu ausmacht ist das Land, die Menschen, die Kultur und die Sprache – das lässt sich nicht umsiedeln“.

Zum Thema Umsiedlung merkt der Finanzminister entschieden an: „Das wäre das falsche Signal an die internationale Staatengemeinschaft, dass sie sich für Tuvalu nicht mehr anstrengen müssen – dann müssen sie sich auch für die Welt nicht mehr anstrengen.“

Für Reverend Lusama Tafue von der Kirche Tuvalus gibt es bei klimabedingter Migration keine „Migration in Würde“ – ein Konzept, das von Anote Tong, damals Präsidenten von Kiribati, eingefordert wurde. „Die Menschen sind vom Klimawandel gezwungen ihre Heimat zu verlassen, das kann man nicht würdevoll gestalten“, betont er nachdrücklich. Schlussendlich sei es eine Katastrophe für jeden einzelnen. Für Referend Tafue wie auch für Tuvalus Premierminister Enele S. Sopoaga steht dennoch fest, dass es eines völkerrechtlichen Rahmen für die Menschen bedarf, die klimabedingt keine andere Wahl haben, als ihre Heimat zu verlassen. Für diese Menschen müsse die internationale Staatengemeinschaft gerechte Lösungen finden. „Wir müssen aber dafür sorgen, dass zumindest internationales Völkerrecht für eine klimagezwungene Migration geschaffen wird, denn wir wollen auf gar keinen Fall Klimaflüchtlinge sein!“ stellt Tafue klar. Für Regierungschef Sopoaga bleibt Migration eine eigene Entscheidung. Jeder der Migrationspläne habe, solle dabei unterstützt werden – das habe aber nichts mit dem Klimawandel zu tun, sondern mit dem Grundrecht sich frei zu bewegen.

Tuvalus Premier unterstreicht, dass die Regierungen der Welt das Pariser Klimaabkommen schnellst möglichst und ambitioniert umsetzen müssen, denn die Existenz Tuvalus sei davon abhängig. Das Ziel müsse sein, die globale Erwärmung auf unter 1,5°C zu halten und Tuvalu bestens an den Klimawandel anzupassen. Doch während sich der Premier in Paris noch an die Europäer wandte, ihre Anstrengungen nicht nur auf ein Limit von 2°C auszurichten, hat man mittlerweile neue geopolitische Problemherde zu bewältigen. Die Entscheidung der USA aus dem Pariser Abkommen auszuweichen löste in Tuvalu größte Besorgnis aus. In einem Interview erklärte Premier Sopoaga:

„Diese Standpunkte aus dem Weißen Haus geben den Menschen eine sehr unsichere Zukunft und bereiten Kummer und schaffen Misstrauen gegenüber der allgemeinen Erwartung, dass die großen Länder helfen werden.“

Der 28 Jahre alte Seemann Paeniu Lopati vom Tuvaluauer Atoll Funafala braucht keine Wissenschaft, die ihm den Klimawandel erklärt. Bereits zwei Nachbaratolle sind dem Klimawandel zum Opfer gefallen und im Ozean versunken, Vasafua und Pukasavilivili. Die Korallenbleiche sowie die schwindenden Fischgründe machen für ihn den Klimawandel greifbar, ebenso die beständige Küstenerosion an dem Atoll, auf dem er mit fünf Familien, insgesamt 18 Personen lebt. Doch an ein Aufgeben sei nicht zu denken, äußert auch er sich entschieden. Wenn der Klimawandel nicht eingedämmt wird, habe Tuvalu laut Wissenschaft noch 50 Jahre, bis es endgültig im Ozean versinkt, erklärt Lopati. Bis dahin will er jede einzelne Minute in seinem Paradies genießen.

.....

**SABINE MINNINGER** ist Referentin für Klimapolitik bei Brot für die Welt.

.....



SYSTEMS  
CHANGE  
NOT CLIMATE  
CHANGE

**Die Berliner Regierung redet zwar  
noch von Klimaschutz-Politik,  
macht aber in Wirklichkeit eine  
Klimaschutz-Politik.**

► FRANZ ALT, JUNI 2017



# **Am Ende entscheidet das Plenum**

**Schnittstellen zwischen  
parlamentarischer  
und außer-  
parlamentarischer  
Klimabewegung**

**Georg Kössler und Simon Straub**

**2015 sah es kurzzeitig so aus, als würde die Kohlekraft in Deutschland einen kapitalen Rückschlag erleiden. Besonders alte Kohlekraftwerke, so schlug das Wirtschaftsministerium vor, sollten in ihrer Laufzeit begrenzt werden. So sollten die Klimazielen der Bundesregierung für das Jahr 2020 noch erreichbar sein. Auch bei Umwelt-NGOs und sogar der breiteren Klimabewegung traf der Vorschlag dieses „Klimabeitrags“ auf großen Zuspruch. Doch es kam am Ende anders: Ein Aufbäumen des fossilen Imperiums aus Industrielobby und Politik wehrte den Vorschlag ab. Seitdem gibt es keine ambitionierten Bemühungen, die 2020-Reduktionsziele zu erreichen. Die entscheidende Frage für die verbleibenden Jahre bis 2020 ist deshalb, ob es gelingt ein tiefgreifendes Notprogramm zur Wiederbelebung der Klimapolitik zu etablieren. Die Klimabewegung muss dazu auch parlamentarisch präsent bleiben.**

In der Debatte um die ersten zaghaften Regulierungsversuche Richtung Kohleausstieg zeigen sich zwei Dinge. Erstens: Die Wirksamkeit von direkter Aktion, symbolischer oder diskursiver Politik ist nicht zu unterschätzen. Aber die massive Gegenmobilisierung von kohlefreundlichen Teilen der SPD, Gewerkschaften wie der IG-BCE und Stromkonzernen gegen den Klimabeitrag zeigt, wo es wirklich schmerzhaft werden kann für Kohle- und Atomkonzerne: bei ambitionierter, bundespolitischer Regulierung.

Zweitens macht es einen Unterschied, ob die Verbündeten einer gesellschaftlichen Strömung in der Opposition oder an der Regierung sind. Eine Regierung ohne Merkel und Kohlekumpel hätte vielleicht weniger nachgegeben.

So aber mussten Kohlekritiker\*innen inner- und außerhalb des Parlaments hilflos zuschauen, wie abgeschriebene und dreckige Kraftwerke in eine „Braunkohle-Reserve“ verschoben wurden, in der sie zwar keinen Strom mehr produzieren, aber dennoch mit 1,6 Milliarden Euro entschädigt werden.

### EINE FRAGE DER STRATEGIEN

Für viele ist diese Analyse möglicherweise offensichtlich. In strategischer Hinsicht lohnt es sich aber daran zu erinnern, gibt es doch große Teile der außerparlamentarischen Klimabewegung, die sich von parlamentarischer Politik abgewendet haben. Natürlich hat Inken Behrmann Recht, wenn sie in ihrem Beitrag schreibt: „Meinen wir 1,5 Grad als Begrenzung der Erderwärmung also ernst, wird überdeutlich, dass ein radikaler gesellschaftlicher Wandel stattfinden muss, und zwar schnell.“

Daraus eröffnet sich jedoch die Frage, wie dieses „schnell“ denn geschehen soll. Mittels Schockmomenten, die ein träges politisches System kurzfristig zu Brüchen und Sprüngen befähigen? In den letzten Jahrzehnten waren solche Schocks – siehe Naomi Klein – aber meistens Gelegenheiten für neoliberale Reformen.

Sowohl parlamentarisch, als auch auf der Ebene global denkender Basisinitiativen werden wir also die mühevollen Ebenen durchschreiten müssen. Das gemeinsame Ziel mag dabei der „radikale gesellschaftliche Wandel“ sein. Aktuell haben wir aber alle Hände voll damit zu tun, gesellschaftspolitisch autoritäre und klimapolitisch fahrlässige Rollbacks zu verhindern. Können wir vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten der Parlamente ungenutzt lassen, den Klimawandel zu bremsen? Nein. Wir gehen deshalb davon aus, in den nächsten Jahren vorerst weiter in der parlamentarischen Demokratie zu arbeiten.

### DISKURSALLIANZEN SCHMIEDEN

Gerade in der Energie- und Klimapolitik, in der die politischen Arenen vor allem auf Bundesebene liegen, wird täglich um Mehrheiten gerungen. Verschiedene Daten zum Kohleausstieg, Subventionsdiskussionen, Arbeitsplatzargumente, die Kampffelder sind da. Und auch Big Coal – die Lobby der fossilen Industrie – schläft nicht. Gerade deshalb braucht es die Vernetzung

der parlamentarischen Akteure der Klimabewegung mit der Bewegung auf der Straße, in den Kohlegruben und in den NGO-Büros.

Mögliche Brüche oder zumindest windows-of-opportunity (sei es Fukushima, Paris oder Wetterextreme) können nur im Sinne der sozial-ökologischen Transformation genutzt werden, wenn Akteure in Politik, Presse und Bewegung sie gemeinsam nutzen. Nur dann können mächtigen Kapitalinteressen progressive Ansätze entgegengesetzt werden.

### **TECHNOFIXES REGULIEREN**

Im Auftakt dieser Debattenreihe hat Gerrit Hansen noch einmal vorgerechnet, dass die Zeit für effektiven Klimaschutz knapp wird und wir selbst mit einer „Superenergiewende“ vielleicht nicht an Technologien zur Entnahme von Kohlendioxid aus der Atmosphäre (sog. Negativemissions-Technologien) vorbeikommen könnten. Doch wir erleben schon heute, wie die Nebenfolgen unbedacht eingesetzter Großtechnologien nicht mehr von der Hand zu weisen sind. Jahrzehntlang wurde im Ruhrgebiet Steinkohle abgebaut. Die Folge: Ganze Gebiete haben sich abgesenkt und ohne permanentes Abpumpen von Gruben- und Grundwasser wäre die Metropolregion eine Seenplatte. Die genaue Höhe der Ewigkeitskosten der Braunkohleförderung und der Atomkraft sind noch in der Debatte, aber fest steht, sie sind immens und sie werden zu zahlen sein.

Parlamente müssen deshalb die zur Erreichung des 1,5-Grad-Limits möglicherweise notwendigen Technologien (sog. Technofixes) regulieren. Sie können Wissen und Expertise dazu mobilisieren und frühzeitig Rahmenbedingungen schaffen, die uns nicht in wenigen Jahrzehnten mit neuen Problemen belasten.

### **WO MUSS PARLAMENTARISCHE ARBEIT KAPITULIEREN?**

Johannes Reis und Christiane Gerstetter erklären in dieser Reihe: „Ein Systemwandel ist auch unabhängig vom Klimawandel nötig, da unser kapitalistisches System schlicht und einfach für viele Menschen und die Natur nicht funktioniert. Der Klimawandel ist ein zusätzlicher Grund, die nötigen Transformationsprozesse so schnell und radikal wie möglich anzugehen“. Derartig grundsätzliche Kapitalismuskritik findet sich bei den in deutschen Parlamenten vertretenen Parteien wenig. Es wird nur begrenzt transformativ gedacht und gearbeitet. Der legislative Weg ist deshalb keinesfalls ausreichend, aber dennoch unabdingbar.

Für viele im parlamentarischen Betrieb ist es dennoch ein schmerzhafter Spagat zwischen Wollen und Können. Wir denken: Ja, die Gefahr der Einhegung system-kritischer Gedanken ist konstant gegeben. Sich die Kritikfähigkeit zu bewahren und sich daran immer wieder zu erinnern, ist notwendig, um die Welt zur Einhaltung auch nur irgendeines Grad-Limits zu bewegen. Es geht, davon sind wir überzeugt, wenn wir die vielen Klimagerechtigkeitsaktivist\*innen sehen, die gleichzeitig gegen Geld im Politikbetrieb arbeiten. Statt also die eigene Haltung dem Umfeld anzupassen, sollten sich die Insider\*innen der Parlamente als solidarische Türöffner\*innen für radikalere, fundamentalere Ideen und Akteure verstehen. Daran darf man uns auch gerne messen.

### ÜBER DIE BUNDESEBENE HINAUS

Obwohl viele Kämpfe auf der bundespolitischen Ebene zu gewinnen sind, gibt es auch auf Ebene der Landesparlamente wichtige Ansatzpunkte (und Herausforderungen). In Berlin hat die Rot-Rot-Grüne Koalition den Kohleausstieg bis „spätestens 2030“ vereinbart. Dieser Pflock ist gesetzlich eingeschlagen und nun ringen wir darum, wie viel früher das geht. Das Maßnahmenprogramm für Klimaschutz in Berlin hat neuerdings einen eigenen Teil zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Denn die ist gerade in Städten auch eine Frage der Umweltgerechtigkeit: Menschen mit wenig Geld leben dort, wo Beton und Straßen statt Grün dominieren – Hitzewellen werden so noch gefährlicher. Klimagerechtigkeit auf lokaler Ebene heißt deshalb auch, sich für Radwege, grüne Dächer und mehr Grün in der Stadt einsetzen. Eine der größten klimapolitischen Herausforderungen der Städte ist weiterhin, die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Gebäudebereich zu senken. Rund die Hälfte der Berliner CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen in diesem Bereich. Hier kann parlamentarische Klimapolitik die nötigen Veränderungen (zum Beispiel eine Reform der Modernisierungumlage) anstoßen und die Mieten- und Sozialpolitik fördern. Und obwohl in diesem Politikfeld viel Bewegungsarbeit gemacht wird, fehlt es noch an der Verknüpfung klima- und mietenpolitischer Perspektiven.

### ONE STRUGGLE, ONE FIGHT

Ja, unser Anspruch ist es, der parlamentarische Teil der Klimabewegung zu sein, darin sind wir zum Glück nicht allein. Angesichts der Dringlichkeit

des Klimawandels muss diese Bewegung alle Instrumente nutzen, derer sie habhaft werden kann. Die parlamentarische Seite kann hoffentlich kleinere Veränderungen (denn selbst diese werden aktuell verschleppt und verzögert) schnell und in größeren Dimensionen umsetzen. Auf dem Weg zu einer über den Kapitalismus hinausweisenden Transformation der Gesellschaft wollen wir die Bewegung durch Informationen und Austausch strategisch unterstützen und gleichzeitig den von Aktionen wie „Ende Gelände“ geschaffenen politischen Raum schnell mit Fortschritten füllen. Eine radikale Bewegung für Klimagerechtigkeit ist wichtig. Ihre Erfolge müssen jedoch auch parlamentarisch abgesichert und durchgesetzt werden.

---

**GEORG KÖSSLER** und **SIMON STRAUB** kennen sich aus der gemeinsamen Zeit bei der Klimabasisgruppe gegenstrom berlin und arbeiten inzwischen in der grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zu Klima- und Umweltthemen.

---



Kllogenberg versetzt  
Vattenfall ab!  
www.klaussieg-berlin.de



B-FR226

nlsqu



***Es muss der unmittelbare Kohleausstieg stattfinden, sonst werden wir auf der internationalen Bühne nicht ernstgenommen.***

► HANS JOACHIM SCHELLNHUBER, DIREKTOR DES POTSDAM-INSTITUTS FÜR KLIMAFOLGENFORSCHUNG, SEPTEMBER 2016

# **Ernährungs souveränität jetzt! Agrarwende statt Klimawandel**

**Paula Gioia und Katrina McKee**

**Dass die globale Landwirtschaft zu einem maßgeblichen Anteil für den Ausstoß von Treibhausgasen und damit auch den Klimawandel verantwortlich ist, ist heute weithin bekannt. Schätzungen des Weltklimarats IPCC gehen weltweit von etwa einem Drittel aus. Eine Studie der NGO GRAIN ordnet dem industriellen Ernährungssystem sogar bis zu 50 Prozent der menschenverursachten Treibhausgasemissionen zu, indem sie neben der unmittelbaren Produktion auch die Verarbeitung, Kühlung und Müllproduktion, den Transport und die Folgen der anhaltenden Entwaldung bei der Erschließung neuer Anbauflächen einrechnet. Weithin bekannt ist auch, dass Bäuerinnen und Bauern weltweit nicht nur zu den am stärksten Betroffenen der Erderwärmung und ihrer Folgen zählen, sondern sich auch dafür stark machen, hieran etwas zu ändern.**

Um die versammelte Weltgemeinschaft auf ihre schwierige Situation aufmerksam zu machen und ambitionierten Klimaschutz einzufordern, hatten sich im Dezember 2015 auch Mitglieder von La Via Campesina zur Pariser Klimakonferenz eingefunden. An dem hier zu Stande gekommenen Abkommen kritisierten die Aktivist\_innen der internationalen Bewegung aus Bäuer\_innen, Landarbeiter\_innen, Fischer\_innen und Hirt\_innen neben unzureichender Emissionseinsparung und der völligen Unverbindlichkeit vor allem die Weichenstellung für eine weitere Finanzialisierung von Natur, die Ausweitung der industrialisierten Landwirtschaft und eine Verschärfung des globalen Ressourcenraubs.

Dass die beschlossene Begrenzung der globalen Erderwärmung auf 2 oder gar 1,5 Grad deutlich ambitioniertere Zusagen der jeweiligen Staaten

erfordert hätte, trifft als Vorwurf auch Deutschland – ambitioniert geht jedenfalls anders. Wie der selbst ernannte Klimaweltmeister die zugesicherte Verringerung seiner Treibhausemissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 in den nächsten drei Jahrzehnten erreichen will, steht in den Sternen. Laut Umweltbundesamt waren im Jahr 2015 etwa 74 Prozent der deutschen Gesamtemissionen auf den Agrarsektor zurückzuführen – etwa 67 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Er liegt damit an zweiter Stelle, gleich hinter den hierzulande grotesk hohen Ausstößen aus der Energiegewinnung. Der maßgebliche Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen der Bundesrepublik ergibt sich dabei vor allem aus den Methan-Freisetzungen in der Tierproduktion, aus der Verwendung von Wirtschaftsdünger (Mist und Gülle) und der Lachgas-Emission bei der Stickstoffdüngung. Verbindliche Klimaziele für die Landwirtschaft? Trotz allem Fehlanzeige.

### **BUSINESS AS USUAL: EINE GEFÄHRLICHE SACKGASSE**

Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik ist in hohem Maße durchmaschinisiert und industrialisiert. Seit Langem wird sie auf Wachstum orientiert. Mit den derzeit produzierten Milch- und Fleischmengen werden – dank satter staatlicher Exportsubventionen Konkurrenz-Hersteller in Nah und Fern aus dem Markt gedrängt. Das zerstört in anderen Teilen der Welt nicht nur Existenzen und regionale Wirtschaftskreisläufe, es erhöht auch das globale Transportaufkommen und ersetzt die vielerorts weniger klimaschädliche Erzeugung durch oftmals emissionsintensiver hergestellte Produkte. Im Namen des Kampfes gegen den Welthunger geraten im globalen Süden – unterstützt von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – die dort weit verbreiteten kleinbäuerlichen Agrarstrukturen immer stärker unter Druck. Im Sinne der kapitalistischen Wertschöpfung werden diese häufig durch hoch-technisierte Monokulturplantagen, mit reichlich Dünger- und Chemieinsatz, verdrängt – Plantagen mit hohen Renditen für Konzerne und Investoren. Hierbei bleibt nicht nur der Klimaschutz auf der Strecke, sondern als Vertriebene und nun „Überflüssige“ auch die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Dabei konstatiert selbst die Welternährungsorganisation FAO, dass ihre oftmals agrarökologischen Prinzipien folgende Wirtschaftsweise nach wie vor die Ernährungsgrundlage für Milliarden Menschen sichert. Entgegen aller Versprechungen, sich den Herausforderungen des Klimawandels annehmen zu wollen, haben die deutschen Gastgeber auch beim jüngsten G20-Gipfel in

Hamburg keine Debatten in Richtung der dafür notwendigen Transformation der landwirtschaftlichen Produktionssysteme angestoßen.

Was müsste also passieren? Eine Menge! Die Liste ist lang und schon oft verlesen worden. Geholfen wäre dem Klima etwa mit einer Verringerung der bestehenden Lebensmittelverschwendung, da weniger für die Mülltone produziert werden müsste. Anzustreben wäre außerdem ein deutlich niedrigerer Verbrauch von Fleisch und anderen tierischen Produkten sowie eine saisonal angepasste Verwendung regionaler, biologisch erzeugter Nahrungsmittel, die nicht um die halbe Welt gereist sind. Hieraus nun aber lediglich einen Appell an das moralische Gewissen der Konsument\_innen abzuleiten, greift viel zu kurz. Neben den individuellen Antworten brauchen wir gesellschaftliche.

Die Versorgung mit gesundem Essen ist ein öffentliches Gut. Das Umsteuern hin zu einer klimagerechteren Bereitstellung liegt deswegen in unserer aller gemeinsamen Verantwortung. „Gemeinsam“ heißt zugleich, dass zunächst bestehende Machtverhältnisse überwunden werden müssen. Eine sozial gerechte, umfassende Agrarwende ist nur mit dem Einbezug der ausgeschlossenen Stimmen und Ansätze denkbar. Aus diesem Grund ist die soziale Frage für die Agrarwende fundamental.

Als Gesellschaft haben wir also zu reden. Wir müssen miteinander darüber sprechen, ob tierische Produkte weiterhin mit einem verminderten Mehrwertsteuersatz subventioniert werden sollen, obwohl sie in der Herstellung ein Vielfaches der Treibhausgase anderer Lebensmittel verursachen. Wir müssen darüber sprechen, wie wir die aggressive Exportorientierung der deutschen und europäischen Landwirtschaft überwinden und klimaschädliche Subventionen in die Erforschung und Förderung ökologischer Anbauformen umlenken können.

Nicht alle Maßnahmen, die auf den ersten Blick Emissionen senken, sind auch sozial und ökologisch gerecht. Beispielsweise kann die Erzeugung von Biomasse zur energetischen Verwertung, vor allem aus Rückständen und Nebenprodukten, zwar einen Beitrag für die dringend notwendige Überwindung der fossilen Energieerzeugung leisten. Doch der enorme zusätzliche Flächenbedarf für die Bioenergieherstellung droht Boden- und Lebensmittelpreise

in vielen Regionen noch weiter in die Höhe zu treiben. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln sind derartige Szenarien für die Energiegewinnung entschieden abzulehnen.

## **BEET THE SYSTEM: AGRARÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT HAT ZUKUNFT**

Umweltverbände und NGOs fordern zu Recht, Deutschland müsse endlich verbindliche Klimaziele für die Landwirtschaft definieren und einen Fahrplan entwickeln, wie diese erreicht werden können. Aus klimapolitischer Sicht braucht es nicht weniger als eine komplette Umkehr vieler Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte. Zentrales Element dieses Umbaus muss die Stärkung von Alternativen zum derzeit herrschenden agrarindustriellen Modell sein, das ganz maßgeblich für die hohen Emissionen aus der Landwirtschaft verantwortlich ist. Klimaschutz bedeutet daher die aktive Förderung von Strukturen einer lokalen Nahrungsmittelerzeugung und Vermarktung, von regionalen Kreisläufen und so genannten agrar-ökologischen Anbaumethoden. Dabei handelt es sich um lokal angepasste Lösungen, die ausgehend von den vor Ort verfügbaren Ressourcen und unter besonderer Berücksichtigung biologischer Prozesse mit deutlich weniger Agrarchemikalien auskommen.

Der Landwirtschaftssektor ist also nicht nur maßgeblicher Verursacher von Emissionen, sondern birgt mit alternativen Modellen auch enorme Potenziale für ihre Reduzierung. Ohne oder gar gegen die Produzent\_innen unserer Nahrungsmittel kann das Projekt eines nachhaltigen Umsternens nur scheitern. Ihr Wissen und die Erfahrungen vieler Generationen sind unerlässlich für die Landwirtschaft der Zukunft. Das Aufhalten des Klimawandels, der bereits heute riesige Flächen vormals fruchtbaren Bodens und Millionen bäuerliche Existenzen vernichtet, liegt in ihrem unmittelbaren Interesse.

Wie in anderen gesellschaftlichen Sektoren auch, die angesichts der Faktenlage dringend nach sozial-ökologischer Transformation verlangen, bestehen starke Beharrungskräfte. Weil die Player in der Agrar- und Ernährungsindustrie an den bestehenden Zuständen gut verdienen, stehen sie einem Wandel trotz besseren Wissens im Weg. In den Augen der Agrar- und Handelskonzerne sowie ihrer Shareholder stellt Ernährungssouveränität ein bedrohliches Szenario dar. Mit ihrem Anspruch auf eine umfassenden

Demokratisierung der Ernährungssysteme ist sie jedoch Voraussetzung für die Bewältigung der immensen Herausforderungen auf dem Weg zu einer zukunftsgerechten Landwirtschaft. Auch von der Bundesregierung ist derweil wenig anderes zu erwarten als die Bewahrung des Status Quo, der Verweis auf marktwirtschaftliche Spielregeln und Druck in Richtung weiterer Intensivierung.

Soziale Bewegungen, insbesondere die Klimagerechtigkeitsbewegung, sollten vor diesem Hintergrund Fragen von Landwirtschaft und Agrarpolitik stärker als bisher in den Mittelpunkt rücken und weiter Druck für Veränderung aufbauen: für eine Landwirtschaft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung, die den Menschen, den Tieren und dem Klima gerecht wird!

.....

**PAULA GIOIA** ist Bäuerin in Brandenburg. Sie ist aktiv in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, der deutschen Mitgliedsorganisation von La Via Campesina [www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de), [www.viacampesina.org](http://www.viacampesina.org)

**KATRINA MCKEE** ist Gärtnerin und Aktivistin für Ernährungssouveränität, u.a. im Nyéléni-Netzwerk [www.nyeleni.de](http://www.nyeleni.de)

.....



**Dass die Temperatur im Permafrost auf Spitzbergen derzeit stetig ansteigt, bekräftigt auch der norwegische Geologieprofessor Ole Humlum: „Das variiert von Jahr zu Jahr, aber auf lange Sicht haben wir zweifellos einen ansteigenden Trend.“**

► TAZ VOM 22. MAI 2017



# Vokabular des Stillstands

Ein Gespräch mit Sybille Bauriedl  
über den aktuellen Klimadiskurs  
und die Macht der Worte

**Seit über 25 Jahren läuft die Klimadebatte auf Hochtouren, nicht nur im unbeobachteten wissenschaftlichen oder politischen Kontext, sondern als öffentliche Debatte. Eine Besonderheit der Klimapolitik ist, dass sie zwar von den Regierenden der UN-Staaten als zentrales Thema ihrer Politik verstanden wird. Dennoch hat sie bislang nicht den gewünschten Effekt gebracht, die globalen Emissionen zu verringern. Für viele Experten ist die internationale Klimapolitik gescheitert. Im »Wörterbuch Klimadebatte« stellen ExpertInnen des Klimadiskurses aus Sozial-, Politik- und Kulturwissenschaften über 40 Schlüsselbegriffe zur Diskussion, die in dieser Politik eine Rolle spielen. Sie geben damit eine Anleitung zur kritischen Betrachtung von Potenzialen und Problemen der aktuellen Klimapolitik. Ein Gespräch mit der Herausgeberin Sybille Bauriedl.**

**Ketzerisch gefragt: Ist es in Zeiten des drohenden Klimachaos' nicht müßig, über das „richtige“ Vokabular für Klimaschutz zu streiten? „Ökologische Modernisierung“, „grünes Wachstum“ oder „Nachhaltigkeit“: Solange die dahinterstehende Politik dem Anschein nach zum Klimaschutz beiträgt: Wo ist das Problem?**

Um dem Klimachaos zu entgehen ist es geradezu eine Notwendigkeit das genutzte Vokabular zu reflektieren. Oft verschleiern verwendete Begriffe wie Energiewende, Klimaneutralität oder Nullemission, dass eine Politik fortgesetzt wird, die kontraproduktiv ist für den Klimaschutz. Grundsätzlich ist die Reflektion über Begriffe eine Kernaufgabe von Politik. Denn Strategien zu entwickeln, die von allen getragen werden, ist nur möglich, wenn man sich ganz klar darüber wird, welche Inhalte mit Begriffen überhaupt gemeint sind.

## **Im Wörterbuch werden über 40 Begriffe von ExpertInnen des Klimadiskurses vorgestellt: Grünes Wachstum, Nullemission, Geo-Engineering oder CO<sub>2</sub>-Abscheidung. Was verbindet diese Begriffe?**

Dass sie zum einen die Perspektive auf soziale und globale Ungerechtigkeit verschleiern. Ein Begriff wie „klimakompatible Entwicklung“ etwa signalisiert, „Entwicklungshilfe ist eine gute Sache und wenn sie zusätzlich noch dem Klimaschutz hilft, ist sie doppelt wertvoll“. Was die eigentlichen Ursachen für Einkommens- oder soziale Ungleichheit sind, wird nicht in den Blick genommen. Allgemein spielt in der internationalen Klimadebatte die Suche nach den Ursachen überhaupt keine Rolle. Der Ausgangspunkt ist: Mit der Industrialisierung hat die Emission von Treibhausgasen exponentiell zugenommen. Das hat zur globalen Erwärmung geführt. Was aber sind die Treiber dieser Industrialisierung? Ich kenne keine internationale Klimadebatte, wo das jemals diskutiert wurde. Kapitalistische Ausbeutungsstrukturen von ArbeiterInnen und von Natur als treibende Kräfte werden so vollkommen ausgeblendet.

## **Klimaschutz ist also nicht per se positiv?**

Ja, Klimaschutz kann sogar dazu führen, dass globale Ungerechtigkeitsverhältnisse verschärft werden. Dafür haben wir viele Beispiele. Zunächst klingt die Grundidee der internationalen Klimainstrumente – am bekanntesten ist hier der Emissionshandel – vielversprechend: Vielverschmutzer, die primär in Industriestaaten sitzen, können ihre Emissionen kompensieren, indem sie für Klimaschutz-Dienstleistungen, die im globalen Süden geleistet werden, zahlen. In der Klimapolitik wird das oft als „globale Partnerschaft“ bezeichnet. Diese Partnerschaft findet jedoch nicht auf Augenhöhe statt. Die ökonomischen Beziehungen zwischen globalem Norden und globalem Süden sind geprägt von kolonialen Strukturen, die immer noch nachwirken.

## **Was sind Folgen dieser Politik?**

In vielen Entwicklungsländern führen solche Kompensationsprojekte dazu, dass es Flächennutzungskonkurrenzen gibt. In der Regel werden großflächige Projekte des Klimaschutzes gefördert, zum Beispiel der großflächige Schutz von Wald. Wald ist als die beste Möglichkeit identifiziert worden Kohlenstoff zu binden und so aus der Atmosphäre zurückzuholen. Doch wenn heute großflächige Waldgebiete geschützt werden, wurden diese oft frei

gemacht von kleinbäuerlicher Nutzung. Das sind ganz klassische Nutzungskonflikte, die wir aus der Strukturanpassung der Entwicklungszusammenarbeit kennen. Im Namen des Klimaschutzes werden diese Konflikte noch weiter verschärft.

### **Gibt es Pläne für ein weiteres Handbuch? Wie steht es um die Schlüsselbegriffe einer emanzipatorischen Klimapolitik?**

Ja, während der Produktion des Handbuchs war immer wieder klar, dass über die gesammelten Begriffe hinaus auch weitere gehandelt werden müssen. Wir haben uns deshalb entschieden, die Idee des Buchs über einen Webblog fortzusetzen. Im Buch wurden nun zunächst über 40 Begriffe zusammengetragen. Begriffe wie „Entkopplung“ – die Idee also, dass man Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch entkoppeln kann – oder „Klimaflüchtlinge“ und „Klimakriege“. Im Buch wird diskutiert, was das bedeutet bzw. was für ein Menschenbild oder was für ein Bild des globalen Südens damit transportiert wird. Auch positiven Begriffen widmet sich das Wörterbuch. „Klimabewegung“ klingt erst einmal nach einem solchen Begriff. Das ist die Debatte, die von unten geführt wird, auf lokaler Ebene. Doch es lohnt sich auch hier genauer anzuschauen, wie sich soziale Bewegungen und Verbände an den Institutionen der internationalen Klimapolitik beteiligen, in ihnen aufgegangen sind oder eben widerständige Politik ihnen gegenüber leisten.

### **Wie kann Deiner Einschätzung nach eine Veränderung des etablierten Klimadiskurses erfolgen?**

Wenn ich ein Buch schreibe, will ich erst einmal intellektuelles Futter reichen. Ich gehe als Wissenschaftlerin davon aus, dass Wissen und die Reflektion dessen, was man wahrnimmt, wichtige Ausgangspunkte sind, aber parallel dazu immer auch Praktiken eingeführt werden müssen. Ein zentrales Drama der internationalen Klimapolitik und der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ist, dass ein Alarmismus immer wieder dazu geführt hat, dass wir scheinbar keine Zeit für Experimente haben. Wenn es heißt „Wir müssen sofort handeln“ oder „Es ist 5 vor 12“ gibt es keine Zeit Neues auszuprobieren. Schnell handeln heißt immer mit den Ideologien und mit den Strukturen, die wir kennen, Lösungen zu finden – meist einfache Lösungen, die nichts Revolutionäres haben. Tiefschürfendere

gesellschaftliche Veränderungen oder wie wir mit Natur umgehen und über sie nachdenken, wie wir über Wachstum und über unsere gesellschaftliche Zukunft denken – all das braucht viel Zeit. Es lohnt sich, die Diskussion um zwei, zweieinhalb oder drei Grad Erwärmung einige Zeit zurückzustellen und stattdessen Experimente auszuprobieren. Auf individueller und gesellschaftlicher Ebene müssen wir neue Praktiken erfinden, wie wir unsere Arbeit und unser Konsumieren organisieren können.

---

**SYBILLE BAURIEDL** forscht und lehrt am Geographischen Institut der Universität Bonn. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Umwelt- und Klimapolitik in Europa und Afrika, nachhaltige Stadtentwicklung sowie Geschlechterforschung.

Das Gespräch führte **PHILIP BEDALL**, Energiereferent von Robin Wood. Zum Wörterbuch Klimadebatte steuerte er den Eintrag zu „Klimabewegung“ bei.

---

### **ZUM WEITERLESEN**

- ▶ Wörterbuch Klimadebatte herausgegeben von Sybille Bauriedl, transcript Verlag, 2015, 332 Seiten.





**Kanzlerin Merkel echauffiert sich über US-Präsident Donald Trump und dessen Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen. Tatsächlich aber verabschiedet sich auch Deutschland still und leise aus diesem Abkommen, indem es den Kohleausstieg verschleppt.**

► PHILIP BEDALL, ENERGIEREFERENT BEI ROBIN WOOD

---

# Robin Wood

ist eine unabhängige, gemeinnützige Umweltorganisation, die für den Erhalt und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen eintritt. Wir nehmen kein Geld von Konzernen, Parteien oder Sponsoren. Zur Gewährleistung unserer Unabhängigkeit sind wir auf Spenden angewiesen. Aktionen, Analysen, Recherchen, Öffentlichkeitsarbeit, Ausrüstung, Trainings, Kooperationen mit anderen Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen und wichtige Verhandlungen werden aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Vermächtnissen finanziert.

---

**SPENDENKONTO** Robin Wood

**IBAN** DE1325120510 000 8455500

**BIC** BFSWDE33HAN

---

[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)

[twitter.com/robin\\_wood](https://twitter.com/robin_wood)

[facebook.com/robinwood.ev](https://facebook.com/robinwood.ev)

[energie@robinwood.de](mailto:energie@robinwood.de)

---

---

# Ende Gelände

ist ein breiter Zusammenschluss von Menschen aus den Anti-Atom- und Kohle-Bewegungen, den Klimacamps in Rheinland und Lausitz, von der Waldbesetzung im Hambacher Forst, aus klimapolitischen Graswurzelinitiativen und BIs, aber auch aus größeren Umweltorganisationen, linken Politgruppen, der Unterstützungsarbeit mit Geflüchteten und vielem mehr. Uns verbindet die Überzeugung, dass wir Klimagerechtigkeit selbst in die Hand nehmen müssen. Mit Aktionen zivilen Ungehorsams, die über gewöhnliche Formen des Protestes hinausgehen, wollen wir ein weithin sichtbares Zeichen für das Ende des fossilen Kapitalismus setzen. Kohleausstieg ist Handarbeit.

---

**SPENDENKONTO** Ende Gelände

**IBAN** DE48 4306 0967 1120 8464 00

**BIC** GENODEM1GLS

---

[www.ende-gelaende.org/de](http://www.ende-gelaende.org/de)

[twitter.com/Ende\\_Gelaende](https://twitter.com/Ende_Gelaende)

[facebook.com/BaggerStoppen](https://facebook.com/BaggerStoppen)

[info@ende-gelaende.org](mailto:info@ende-gelaende.org)

---





# Impressum

## HERAUSGEBER

Robin Wood - Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.  
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg

## IN KOOPERATION MIT

der Kampagne „Ende Gelände“

## KONZEPT UND REDAKTION

Philip Bedall (ViSdP), Robin Wood-Energierreferent

## GESTALTUNG

Ça ira!, [www.caira.info](http://www.caira.info)

## BILDNACHWEISE

**S. 2** Kathrin Henneberger, Ende Gelände / **S. 16** Robin Wood / **S. 24** Paul  
Levis Wagner, 350.org / **S. 36** Leonhard Simon (L//S photography), Robin  
Wood / **S. 42** Tim Wagner, 350.org / **S. 50** Christian Åslund, Robin Wood /  
**S. 58** Moritz Richter / **S. 66** Erik Marquardt / **S. 74** Jannis Grosse, Ende Ge-  
lände / **S. 82** Fabian Melber, Ende Gelände / **S. 86** Ende Gelände

## DIESE BROSCHÜRE IST ONLINE VERFÜGBAR AUF

[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de) & [www.ende-gelaende.org](http://www.ende-gelaende.org).

## PRINT-EXEMPLARE DER BROSCHÜRE KÖNNEN

## BESTELT WERDEN ÜBER

[info@robinwood.de](mailto:info@robinwood.de)

## KONTAKT UND WEITERE INFORMATIONEN

[energie@robinwood.de](mailto:energie@robinwood.de)

[info@ende-gelaende.org](mailto:info@ende-gelaende.org)

## MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DURCH

das Lausitzcamp und den LUSH-Charity-Pot.

**AUGUST 2017**



---

Das Pariser Weltklimaabkommen vom Dezember 2015 formuliert ein hoch ambitioniertes Ziel: die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1.5-Grad. Wird dieses Ziel ernst genommen, so ist weltweit nur noch eine geringe Menge an Treibhausgasen emittierbar. Ein Weiter-so-wie-bisher scheint damit unmöglich.

Doch wo stehen wir auf dem Weg zum 1.5-Grad-Ziel, was wäre erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen, und was wird aktuell tatsächlich getan? In unserer Debattenreihe wollen wir diskutieren, welche Konsequenzen sich aus dem 1.5-Grad-Ziel und der aktuellen realen politischen Situation für die politische Praxis einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit ergeben. Welche Ziele, Prioritäten und Forderungen sind für die Klimagerechtigkeitsbewegung aktuell angemessen?

Die Broschüre versammelt Debattenbeiträge zum Thema und diskutiert darin unterschiedliche Perspektiven darauf, welche politische Praxis angemessen ist. Die Texte werden ergänzt durch einen Glossar zu Klimapolitik und Klimagerechtigkeit. Hier werden zentrale Begriffe – von Klimagipfel bis Klimabewegung – schlaglichtartig beleuchtet.

---

**ROBIN WOOD**

**ENDE GELÄNDE!**

